

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Abnahme von unsern Abbestellern, bei Bestellung ins Haus durch unsere Lieferanten in
es. Sinne mit auf dem Zettel anzugeben. Preis für 120 Blätter unter 42 Pf.
Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Werktagen nachmittags.
Wiederholte unserer Originalaufträge ist nur mit bestellter Quittungsbefreiung gestattet.
Bei Abnahme unentgeltlicher Entsendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitig, illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. handelsbeh.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste, halbtägige aber deren Namen für Werbung mit
Einschlag 10 Pf. für 20 Zeilen 25 Pf., ansonsten pro Zeile
20 Pf., im Restbetriebe 40 Pf. Bei fortgesetzter Cap. entsprechend. Bei
besonderer Berechnung, und anderen mit Verlagsbesitz, Verlagsbesitz, Werbung,
3 Pf. für größere Geschäfts-Kapitel nur an Tage vorher, höchst
Kleinanzeigen bis höchstens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vorabzulegen.

Nr. 239. Freitag den 11. Oktober 1912. 39. Jahrg.

Wirtschaftspolitische Streitfragen.

Unter diesem Titel hat in der Buchhandlung des Nationalvereins in München Antiquarier Dr. Ludwig Herz-Harburg eine Schrift herausgegeben, die in knappen Zügen und unter Berücksichtigung des neuesten statistischen Materials noch einmal die Argumente der Schutzöllner und Freihändler kritisch nachprüft. Gerade für die bevorstehende Erneuerung der Handelsverträge kommt das Buchlein zuricht; obwohl der Verfasser grundsätzliche Freihändler ist, legt er das Schwerkraft doch auf die Frage, wie man zweckmäßig den Überöllnerum in der praktischen Politik begegnen soll. Die Richtlinien, die er für die nächste Praxis aufstellt, haben den Vorzug, daß auf ihnen sich sowohl grundsätzliche Freihändler wie gemäßigter Schutzöllner zusammenfinden können. Dr. Herz schreibt: „Der ist nicht zu prägen, ob und wie weit Deutschland für Zeit noch des Schutzöllnes, sei es als Ausgleichs-, als Abwehr- oder als Erziehungszoll, bedarf oder nicht. Auch der überzeugteste Freihändler verlangt nicht die sofortige Aufhebung, sondern nur den allmählichen Abbau der Zollmauern, da ein plötzlicher Fortfall aller Schutzverträge zu einer Katastrophe führen muß. Auf der anderen Seite darf aber auch die Zahl derjenigen nicht unterschätzt werden, die bei grundsätzlichen Prämissen am Schutzöllnerum der Überzeugung sind, daß das Ausmaß der Zölle und sonstigen Schutzmaßnahmen in Deutschland ebenso wie in den meisten Weltmächten ungesund hoch geworden ist. Auch auf dieser Seite fragt man sich, wohin denn dieser allgemeine Schutzöllnerumlauf der verschiedenen Gewerbezweige und Staaten führen soll. ...“

Stetigkeit in den Zollverhältnissen kann nicht anders als auf dem Wege von Tarifverträgen mit langer Dauer erreicht werden. Unter diesen Gesichtspunkten ist es für Deutschland geboten, den Abschluß von Tarifverträgen anzubahnen und hierdurch der bei dem Mangel aller vertragsmäßigen Schranken zu gewärtigenden Überbietung der europäischen Staaten in der Erhöhung ihrer Zolltarife rechtzeitig vorzugeben.“

Damit hat Dr. Herz zweifellos recht: Die Parole der zollgernerischen Parteien wird in der nächsten Zeit nicht lauten: „Freihandel statt Schutzöllner“, sondern einfach „langfristige Handelsverträge“. Und nach Lage der Dinge kann und muß sich auch derjenige auf sie beschränken, der gemäßigt schutzöllnerischen Ansichten halbtigt.

Die Verquickung von Religion und Politik.

Die der Bund der Landwirte nach dem Muster des ihm innig verwandten Zentrums, einwirken in der Pfalz, in die Wege leiten will, findet aus den eigenen Reihen vernichtende Kritik. Aus Pfarrerskreisen wird dem rechtsextremallerbier agrarischen „Pfälzischen Cour.“ geschrieben:

Das Geheimnisklauer des Bundes habe gerade in Pfarrerskreisen „allgemein peinliches und tiefschmerzliches Aufsehen“ erregt. Dagegen, daß der Bund der Landwirte bei den Presbyterien eine energische Tätigkeit entfalten wolle, um möglichst viele seiner Anhänger in die Presbyterien zu bringen, wäre zunächst nichts einzuwenden, wenn es sich um die Bekämpfung der Unwissenheit der Landwirte handelte. Die Pflichten gegenüber einer Machtstellung bekommen, die in den Reihen der Reichstags- und Landtagsabgeordneten, wo viele Herren „fast immer als Gegner von uns auftraten, sehr schwer ins Gewicht fallen dürfte“, das also der Bund der Landwirte dieses kirchliche Ehrenamt ertrage, nicht um das Wohl der Kirche in vertrauensvoller Gemeinschaft mit ihren Pfarrern zu fördern, sondern um dies kirchliche Ehrenamt zu politischen Zwecken bei Reichstags- und Landtagswahlen zu mißbrauchen um die Geisligen zu inebeln, ihr Gewissen zu verwalten und sie mit Gewalt ihren politischen Wahnreden geistlich zu machen, das ist das Verbrechen, wäre gefährliche und tief beschämend vor den Kirchlichen, wie da Protestanten so schädlich denken von ihren kirchlichen Einrichtungen und „so verächtlich“ reden von ihrem Geisligen. „Viele Herren? Was haben wir protestantische Geisligen denn eigentlich verbrochen gegen den Bund der Landwirte? Sind doch weitläufig die meisten Pfarrer warme Freunde seiner wirtschaftlichen Bestrebungen und ihrer viele waren leiber auch Mitglieder des Bundes! Kann man es es denn bedenken, wenn „unser protestantisches Gewissen“ sich dagegen kränkt einen Zentrumsmitglied zu wählen, um die Pflichten zu tragen? Soll denn nun in Zukunft der protestantische Pfarrer mit dem Zentrumsmitglied in der Hand von bündlerischen Presbytern zur Wahlurne geschickt werden?“

Der „positive“ Einmischer schließt: Dieses streng vertrauliche Schreiben ist das Schamloseste, was der Bund der Landwirte sich bisher geleistet hat, und wird das Gegenteil von dem erreichten, was er beabsichtigt. Alle protestantischen Männer, die noch kirchliches Ehrgefühl und Liebe zu ihrer Kirche und auch zu ihren Pfarrern haben, werden nun bei den Presbyterien einmütig zusammenstehen, um diese Gefahr abzuwenden, um kirchlich gesunde Männer zu wählen, die nicht gewillt sind, das kirchliche Ehrenamt der Presbyter in Zukunft zu politischen Wahlen mißbrauchen zu lassen.

Die parteipolitische Neutralität der Arbeiterkonsumgenossenschaften

wird gelegentlich von den Führern dieser Genossenschaften aus sachlichen Gründen nachdrücklich betont. Wir haben bereits vor einiger Zeit, als wir auf die neueste gemeinsame Erklärung der Genossenschaften und Genossenschaften die Volkserziehung, hinwiesen, dargetan, daß an den sozialdemokratischen Charakter des sogenannten Hamburger Konsumgenossenschaftsverbandes gar nicht zweifelhaft werden kann. In den „Sozialistischen Monatsheften“ unterzieht sich neuerdings auch der sozialdemo-

kratische Abgeordnete Göhre der Mühe, gegenüber seinem Kollegen Edmund Fischer ausführlich auseinanderzusetzen, daß die im Zentralverband organisierten deutschen Arbeiterkonsumvereine Organisationen und Hilfsmittel des Klassenkampfes sind. Er meint, an sich und von vornherein sei freilich kein Mittel ein Klassenkampfmittel und keine Organisationsform eine Kampforganisation. Erst ihre Benutzung von einer Klasse und Klassenpartei im Klassenkampf mache sie dazu. Sodann fährt Göhre fort:

„Man sieht die heutigen im Zentralverband organisierten Konsumgenossenschaften an diesem Maßstab, so sind sie heute schon in sehr erheblichem Umfang Klassenkampforganisation, und sie sind dabei, es noch immer mehr zu werden. Denn die Mehrzahl ihrer Mitglieder schätzt sie heute nicht nur als solche ein, sondern beteiligt sich an ihnen und benutzt ihre Vorteile nur, weil sie ihnen Mittel bieten, sich selbst und die ganze Arbeiterbewegung im Klassenkampf möglichst stark und sieghaft zu machen. Das geht am deutlichsten aus den Resolutionen hervor, die über das Genossenschaftswesen auf den sozialdemokratischen Kongressen in Kopenhagen und Magdeburg 1910 beschlossene worden sind. In beiden werden die Arbeiterkonsumvereine ausdrücklich als Klassenkampfmittel beklagt. Beide sind mit erdrückenden Mehrheiten angenommen worden; sie sind heute der Ausdruck der Gesamtheit der deutschen Sozialdemokratie. Und diese Beurteilung teilt mit der Sozialdemokratie die gesamte freie Genossenschaftsbewegung. Nirgends ist meines Wissens eine Opposition dagegen, geschweige eine andere positive Auffassung zum Ausdruck gebracht worden. Im Gegenteil, auf allen Genossenschaftstagen haben die offiziellen Vertreter der Genossenschaften es niemals veräumt, die gleiche Ansicht, wenn auch mitunter in etwas anderer Formulierung, zum Ausdruck zu bringen. Partei und Genossenschaften also sind heute in der Einigung der Arbeiterkonsumgenossenschaften als Klassenkampforganisation einig. Nun sieht aber selbst, daß die große Mehrzahl der Arbeiterkonsumvereinsmitglieder zugleich Parteigenossen und freie Genossenschaftler sind. Es ist ganz ausgeschlossen, daß sie als Genossenschaftler eine andere Meinung über ihre Konsumvereine haben und beifügen denn als Sozialdemokraten und Genossenschaftler. Sonst müßte man glauben, es mit Unzurechnungsfähigen zu tun zu haben. Da das ausgeschlossen ist, so folgt eben daraus, daß auch innershalb der Konsumvereine selbst die entscheidende Mehrheit der Mitglieder die Auffassung über ihre Vereine als Mittel und Organisationen des Klassenkampfes rundweg teilt.“

Göhre fährt dann aus der Geschichte der Konsumvereine den Beweis, „daß von jeher der Geist des Klassenkampfes in ihnen und in ihren entscheidenden Mitgliedergruppen lebendig war und erklärt den „besonders stark antikapitalistisch-sozialistischen Charakter der Vereine“ als „feststehende Tatsache“. Sehr kurios ist es, daß besonnenachtet der sozialdemokratische Abgeordnete zum Schluß behauptet, daß der „Klassenkampfcharakter der Vereine sehr wohl auch mit parteipolitischer Neutralität vereinbar ist“. Wie dies möglich ist, darüber äußert sich Göhre weiter nicht. Es würde ihm auch außerordentlich schwer werden. Aber auch er glaubt eben offenbar, aus Opportunitätsgründen diese parteipolitische Neutralität betonen zu müssen. In Wirklichkeit kann von einer solchen Neutralität keine Rede sein. Wenn der Zentralverband der deutschen Konsumvereine eine Klassenkampforganisation ist, so kann er lediglich auf der Seite der Partei stehen, die den Klassenkampf auf ihre Fahne geschrieben hat, und dies ist in Deutschland einzig und allein die Sozialdemokratie.

Abg. Gbbling†.

Der Tod des Abg. Gbbling, so schreibt die „L. G.“, reißt eine schwere Lücke in die Reihen der fortschrittlichen Volkspartei. Große Kenntnis, enfliger Fleiß, Lebhaftigkeit des Geistes, elegante, vornehme Form in der parla-



mentarischen Vertretung seiner Ansichten und echt liberale Bestimmung verbanden sich bei diesem Manne zu einer schönen Gesamtwirkung nachdemselben politischen Streben. Auch für die Notwendigkeit, die liberalen Ideen und die parlamentarischen Absichten der Partei auf dem Wege der Presse möglichst weitgehend populär zu machen, hatte Gylling, der ja seiner ganzen Natur nach ein Mann der gefunden Krisis war, einen regen Sinn, und die Presse dankt ihm mancherlei tatsächliche Mitteilungen, Informationen und Anregungen. Sein Andenken wird in der Partei und in ihrer Presse stets in hohen Ehren stehen.

Die „Königsberger Hartungische Zeitung“, der der Verstorbene nahestand, widmet ihm auf der ersten Seite einen spärlich abgedruckten ehrenvollen Nachruf. Sie sagt von ihm: Das, was sich verwickeln läßt, sobald sich aufgeregter Sinn und rechter Wille verbinden, war ihm das wichtigste Ziel, und von der uns obliegenden schrittweisen Fortwärtigung verstand er sich die Erreichbarkeit fernerer Ideale. Kein Janderer aus Fogahtigkeit, aber ein redlicher Fleißer, der die Ursachen wägte, die Widerstände nicht unterschätzte, Fehlschläge vermeidete und stets mit Herz und Verstand zugleich am Werk war. Dabei doch gar zu und gar erfüllt von dem Glauben an den Sieg des Guten. Kein Häßler Verstandesmäßig, der sich im Zweifel ermidet; vielmehr durchaus hingebend an die Sehnsucht nach Glück und Wohlfahrt der Nation. Und so durchdrungen von innerer Begeisterung, daß er auch dem Gegner immer wieder, selbst nach bitterer Enttäuschung, ehrliche Absicht zutraute und gerecht blieb. ... Das Gedenken an Robert Gylling ist unaussprechlich bei uns allen. Unvergänglich die Ehrerbietung seinem Denkmal in allen Herzen!

Die Eingabe des deutschen Episkopats zum Feinleitengebot

Ist von sämtlichen deutschen Bischöfen und Bischofsverweirern mit Ausnahme der bayrischen Bischöfe unterzeichnet.

Die Eingabe ist, der „Allg. Ztg.“ zufolge, wesentlich ausführlicher und dringlicher gehalten als die bisherige Episkopats. Sie beruht sich zunächst auf die verschiedenen Denkschriften, die die deutschen Bischöfe in den Jahren 1872, 1890 und 1899 in dieser Sache bereits an die zuständigen Regierungen gerichtet haben, und führt dann fort: „Die Bischöfe hätten insbesondere geglaubt, daß die anerkannt hervorragenden Leistungen deutscher Feinleiter für deutsche überseische Interessen zu einer gerechteren und wohlwollenderen Beurteilung des Ordens führen würden. Es handle sich, wie die parlamentarischen Verhandlungen über das Gesetz ergaben, keineswegs um den Feinleitenden Orden, sondern um einen Feinleitenden Kampf gegen die katholische Kirche. Das Verbot des öffentlichen Lebens auch mit in einem Orden bezieht sich auf ein Verbot der freien Übung des katholischen Glaubens. Es handle sich aber auch um eine positive Rechtsverletzung. Denn auf dem Boden des heutigen Staatsrechts liegt die durch den weltlichen Feinleitenden anerkannt den Feinleitenden gleich und vollen Rechte. Dazu, daß den Mitgliedern des Ordens die Vornahme einfacher priesterlicher Handlungen verboten werde, wie dies geschehen sei, gibt nicht einmal der Wortlaut des Gesetzes eine Berechtigung. Es sei unzulässig, Verfügungen zu denen kein Orden, sondern nur die Bischöfe die Sendung erteilen und die Fähigkeit besitzen können, um Feinleitenden zu erteilen. Ganz unzulässig sei der Vorwurf, die Gesellschaft Feinleiter den konfessionellen Feinleitenden. Ihre Mitglieder seien Vertreter ihrer eigenen Konfession, was ihr gutes Recht sei, das am wenigsten bestritten werden sollte im Hinblick auf gewisse Organisationsformen, die sich die Evangelischen des katholischen Bevölkerungsstandes zur Aufgabe gesetzt hätten. Nicht in Betracht kommen Feinleitenden und die sogenannte „öffentliche Meinung“. Im weiteren Sinne nicht außerhalb zu lassen, die wiederholten Mehrheitsbeschlüsse des Reichstages. Die Bischöfe schließen mit der aufrichtigen Erwartung, daß der Bundesrat ihre Ausführungen würdigen und der Aufhebung des Feinleitenden zustimmen werde.“

Hierzu bemerkt die „Allg. Ztg.“: Die Bischöfe arbeiten mit der Bekämpfung, daß der Feinleitenden zur katholischen Kirche gehöre und „das Verbot des öffentlichen Lebens auch nur in einem Orden tatsächlich ein Verbot der freien Übung des katholischen Glaubens sei“. Wogegen man davon, daß die katholische Kirche lange bestanden hat, ohne einen Feinleitenden zu geben, daß selbst ein Papst die Kirche für eine Feinleitenden von diesem Orden wieder befreit hat, verneinen die Bischöfe, daß es in Deutschland allerdings eine Ignoranzfreiheit der katholischen Kirche ebenso wenig geben kann wie der Evangelischen, daß vielmehr beide Konfessionen sich hier im Interesse des bürgerlichen Friedens gewisse Einschränkungen ihrer absoluten Bewegungsfreiheit gefallen lassen müssen. Im übrigen liegen genug Stimmen von katholischer Seite vor, wonach sich die katholische Kirche in Deutschland trotz solcher Einschränkungen ihrer Freiheit, wie das Feinleitengebot eine darstellt, sehr wohl fühlte und die deutschen Verhältnisse nicht mit denen in römischen Ländern verwechseln möchte. Daß die neue Eingabe ebenso wie die bayrische den Erlaß des Feinleitengeldes als eine Rechtsverletzung an dem Feinleitenden, beweist eine bedeutende Auffassung rechtlicher Verhältnisse: ein in Deutschland rechtmäßig zustandekommes Gesetz ist Recht und hat als solches von jedermann respektiert zu werden, nicht zum mindesten von den obersten Vertretern einer religiösen Gemeinschaft.

Beginn des Balkankrieges.

Die Kriegserklärung Montenegros an die Türkei hat sich bestätigt. Zu gleicher Zeit haben sogar schon die Feindseligkeiten begonnen; es ist zu einer Schlacht bei Berane in der Nähe der türkisch-montenegrinischen Grenze gekommen, aber deren Ausgang

noch keine Nachrichten vorliegen. So hat das kleine Montenegro die Bemühungen der Großmächte über den Haufen gerannt. Natürlich ist die erzielte Einigkeit der Großmächte trotzdem nicht zu unterschätzen, vorausgesetzt, daß sie vorläufig und daß nicht angesichts des tatsächlich ausbrechenden Krieges Österreich und Rußland eigene Wege gehen oder gehen müssen. Die Einigkeit kann aber auch jetzt noch und während des Krieges dämpfend wirken, vor allen Dingen dadurch, daß die Großmächte die Balkanstaaten immer wieder darauf aufmerksam machen, daß sie auf keine Gebietsvermehrung rechnen dürfen. Ferner ist es für die Balkanstaaten eine sehr große und wichtige Frage, wie lange sie, selbst wenn sie von den Türken nicht geschlagen werden, finanziell den Krieg ertragen können. Halten die Großmächte die Taschen zu, dann dürften die Staaten recht bald auf dem Trocknen sitzen.

Die Kriegserklärung Montenegros kam insofern überraschend, als Montenegro der kleinste und schwächste Staat ist. Dafür, daß dieser „einzige Freund Rußlands“ mit dem Krieg begonnen hat, gibt es keine andere Erklärung als die, daß Serbien und Bulgarien ihren kleinen Bruder vorgeht hat. Vielleicht sieht auch Rußland dahinter. Es ist leider zu erwarten, daß Serbien und Bulgarien dem Beispiel Montenegros bald folgen werden.

Wie aus Konstantinopel berichtet wird, hat der montenegrinische Gesandtschaftsträger am Dienstag auf Befehl seiner Regierung die Beziehungen zur Pforte abgebrochen. Er überreichte auf der Pforte folgende Note:

„Ich bedauere, daß die königlich montenegrinische Regierung vergeblich alle freundschaftlichen Mittel erschöpft hat, um auf friedlichem Wege die zahlreichen Mißverständnisse und Konflikte mit der Türkei zu beseitigen, die sich ständig erneuern. Auf Ermächtigung des Königs, meines erhabenen Souveräns, habe ich die Ehre, Eurer Excellenz mitzuteilen, daß die königlich montenegrinische Regierung von heute ab alle Beziehungen mit der Türkei abbricht und die Anerkennung ihrer Rechte und der seit Jahrhunderten mißachteten Rechte ihrer Brüder in der Türkei überläßt. Ich verlasse Konstantinopel, die königliche Regierung wird dem ottomanischen Vertreter in Cetinje die Pässe übergeben.“

Die Pforte hat dem türkischen Gesandtschaftsträger befohlen, das Archiv der deutschen Gesandtschaft zu übergeben und Cetinje zu verlassen. Der Stab der Montenegriner in der Türkei ist in Rußland übertraut worden. Auf der Pforte lag der Ministerpräsident in Ermannung. Der Ministerpräsident am Mittwoch dauerte zwölf Stunden. Mahmud Scheffer, der Chef und einige Offiziere des Generalstabes wohnten dem Ministerpräsidenten bei. Nach Schluß verweilten die Minister jede Auskunft.

Am frühen Morgen des Mittwoch brängte sich die Menge vor der Pforte und vor den Zeitungsredaktionen. Die Kriegserklärung Montenegros, die durch Extrablätter bekannt gemacht wurde, hat die Erregung aufs äußerste gesteigert.

Eine Erklärung der Türkei.

Eine halbamtliche Note der Türkei besagt, die Kriegserklärung Montenegros stehe in Widerspruch mit den Bestimmungen der Haager Konvention, da Montenegro nicht, ehe es zu den Waffen griff, die Vermittlung einer dritten Mächte anrufen habe. Andererseits spreche die Kriegserklärung von Mißverständnissen. Das sei ein Beweis, daß keine wirklich ersten Gründe, die den Krieg rechtfertigen, bestanden hätten.

Die Vertreter Rußlands und Österreich-Ungarns hatten Dienstag vormittags 11 Uhr in Cetinje die gemeinsame Note der Großmächte überreicht, aber schon 1 1/2 Stunden vorher waren dem türkischen Gesandtschaftsträger die Pässe zugeteilt worden. Die montenegrinische Regierung konnte also den Gesandten Rußlands und Österreich-Ungarns erklären, daß der Schritt der Mächte zu spät kam, da die diplomatischen Beziehungen bereits abgebrochen seien.

Bestimmte Verteilung der Lage.

Die französisch-österreichische „Agence Havas“ verbreitet folgende Mitteilung. Die Kriegserklärung Montenegros ändert natürlich die Lage beträchtlich. Die Aussichten auf eine friedliche Beilegung, die geteilt noch bestanden, erscheinen merklich verringert. Es ist unwahrscheinlich, daß Montenegro zu dem Mittel einer so frühen Note gegriffen hat, ohne sich die wirksame Unterstützung der anderen Balkanstaaten zu sichern. Leider muß man es als zu gut zu sehen annehmen, daß die Bemühungen der Mächte bei den anderen Staaten, besonders Bulgarien, vergeblich bleiben werden.“

In der Pariser Presse gelangt trotz der lebhaftesten Vorwarnung über die möglichen Folgen der montenegrinischen Kriegserklärung die Hoffnung zum Ausdruck, der Balkankrieg möge lokalisiert bleiben. Es herrscht fast durchweg die Überzeugung vor, daß der Schritt Montenegros auf Antipathien Bulgariens erfolgt sei.

Beginn der Feindseligkeiten.

Nach den Konstantinopeler Abendblättern haben die Montenegriner Berana eingeschlossen. Das Regierungsschiff von Berana ist in Sicherheit gebracht. König Nikita und Prinz Mirko sind ins Hauptquartier nach Bogoriza abgereist.

Nachrichten aus der Türkei.

Reisch Bajah und der Generaldirektor der postlichen Angelegenheiten Salih-Bey reisten Mittwoch nachmorgens nach Dschah ab.

Kriegsbegeisterung der Venanten. Ungefähr 20 000 Venanten bemerken sich, wie aus Saloniki gemeldet wird, auf dem Aufstiege vor dem Palatium des Sultans Murad und veranstalteten eine Kundgebung gegen die Feinde der Türkei. Sie drückten den Wunsch aus, gegen sie in den Krieg zu ziehen.

Der Telegraphendienst in Saloniki ist vollkommen unzulänglich. Hunderte von Depeschen liegen unbesorgt auf dem Postamt.

Verbot der Ausfuhr. Neben der Ausfuhr von Getreide ist nun auch die Ausfuhr von Bohnen, Reis und Futtermitteln aus den europäischen Häfen verboten worden. Die an Franzosen verkauften griechischen Schiffe haben die Ermächtigung erhalten, die Dardanellen zu passieren.

Stellung des Geschäftsbereichs. Wie dem Wiener K. Telegraphen-Bureau aus Saloniki gemeldet wird, steht dort der ganze Geschäftsbereich. Es besteht zwar keine unmittelbare Gefahr, doch empfehle sich für weitere Sicherung abwartende Haltung. Bisher seien keine Zahlungen einstellungen vorgenommen. In Saloniki, 8. Okt., wird ferner gemeldet: Infolge der Verleumdung des Liebesruhens wurde die Abhaltung der für heute ermarkteten Veranlassungen unmöglich. Die Regierung ermächtigt die türkischen Handelsschiffe, in das Schwarzmeere Meer zu fahren. Man erzählt, daß die in Ustschib beschlagnahmten türkischen Waffentransporte aus 52 Kanonen, 300 000 Kanonenschnellen und einer Menge Schrapnell bestehen. Die Regierungsbürokratie billigt die Entscheidung der Regierung und führt die Reformen auf deren eigene Initiative zurück. Der „Nizam“ weist die Reformen zurück, die von außerhalb ausgenüßigt würden. Der „Tanzimat“ meint, daß die Reformen die Friedensansichten vermehren und die Aufgabe der Mächte bei den Balkanstaaten erleichtern werden. Wenn die Balkanstaaten jedoch den Krieg um jeden Preis wünschten, so werde die Türkei ihm nicht aus dem Wege gehen.

Der Bund der Balkanstaaten.

Der bulgarische Ministerrat ist am Dienstag zur Beratung über die Antwort auf den Schritt der Vertreter Österreich-Ungarns und Rußlands zusammengetreten.

Am Mittwoch verhandelte der Ministerrat weiter mit folgendem Ergebnis: Der Ministerrat fand in der Mitteilung der Mächte leider nicht das, was er ermarktete hätte, nämlich genaue Angaben über die der Türkei vorgeschlagenen Reformen und Garantien für deren Verwirklichung. Der Ministerrat will, ehe eine Entscheidung faßt, mit den Kabinetten in Belgrad und Athen einen Meinungsaustausch über die beagte Mitteilung pflegen.

Die allgemeine Auffassung in Bulgarien, der politischen und selbst der amtlichen Kreise, geht dahin, daß wenn die Großmächte nicht selbst weitgehende Reformen vorschlagen und sich für ihre Durchführung verbürgen, die Bemühungen für eine friedliche Lösung scheitern werden.

Die Großmächte.

In der Note, die im Namen der Großmächte den Balkanstaaten durch die Vertreter Rußlands und Österreich-Ungarns überreicht worden ist, wird den Staaten erklärt: Erstens, daß die Mächte jede Maßregel, die geeignet wäre, eine Störung des Friedens herbeizuführen, energisch mißbilligen; zweitens, daß sie getreue auf den Artikel 23 des Berliner Vertrages die Verwirklichung der Reformen in der Verwaltung der europäischen Türkei im Interesse der Bevölkerungen in die Hand nehmen werden, wobei es sich versteht, daß die Reformen keine Verletzung der Souveränität des Sultans und der territorialen Integrität des ottomanischen Kaiserreichs mit sich bringen. Diese Erklärung befaßt übrigens den Mächten die Freiheit zu einer gemeinschaftlichen weiteren Prüfung der Reformfrage vor. Drittens, sollte trotzdem der Krieg zwischen den Balkanstaaten und dem türkischen Reich ausbrechen, so werden die Mächte beim Ausgang des Kampfes keine Änderung des territorialen Status quo der europäischen Türkei zulassen.

Die französisch-österreichische „Agence Havas“ richtet noch am Mittwoch eine Warnung an die Balkanstaaten. Sie erklärt: „Es ist überflüssig, die Bedeutung des dritten Punktes der den Balkanstaaten überreichten Note besonders zu unterstreichen. Der Entschluß der Mächte, den territorialen Status quo der Türkei aufrechtzuerhalten, ist beratend auf diese Staaten zum Nachdenken zu bringen; es ist auch ein Beweis für den Wunsch der Mächte, alles zu tun, um eine Verallgemeinerung des Konflikts zu verhindern.“

Der russische Minister des Außeren Sjasonow ist in der Nacht zum Mittwoch von Berlin nach Petersburg abgereist. Berliner Blätter veröffentlichen einige Äußerungen, die er in Berlin gemacht hat.

„Ich glaube, der Krieg wird lokalisiert werden“, sagte er, als ihm mitgeteilt wurde, daß der Krieg auf dem Balkan ausgebrochen ist. „Die Montenegriner sind uns einfach durch die Lippen gegangen!“, Glauben oder wissen Sie, daß der Krieg lokalisiert werden wird? Können Sie dafür garantieren?“ „Ich kann nur für Rußland garantieren“, meinte Sjasonow vorsichtigerweise.

Österreich-Ungarn.

Ein gemeinsamer Ministerrat fand am Dienstag statt, in dem die Nachtragsforderung des Kriegsministeriums, wie es heißt, 200 Millionen Kronen für die Verstärkung des Heeres zur Verfügung kam. Der Ministerrat hatte infolge der Kriegserklärung Montenegros so viele Fragen zu erledigen, daß er bis 2 1/2 Uhr morgens ohne Beschlußfassung zusammenbrach.

England.

Im Oberhaus führte der Staatssekretär Crewe auf eine Anfrage Lord Lansdownes aus: Den Großmächten lägen zwei Fragen vor. Erstens, haben sie den

Kunsch, daß der Friede auf dem Balkan nach Möglich- keit erhalten werde, und daß die von den Balkan- staaten die Ansichten der Großmächte klar gemacht werden. Diese Vorstellungen sollen dazu beitragen, der Türkei die Notwendigkeit von Reformen ersichtlich klar zu machen. Zweitens wollten die Groß- mächte unter seinen Umständen einer Änderung des Status quo auf dem Balkan zustimmen. Wir wurde heute berichtet, sagte Marquis of Crewe, daß ein 8. Kongreß- bericht bereits angetrieben, und daß es in einem Geheiß an der montenegrinischen Grenze gekommen sei. Eine Zeit lang schien es nicht sicher, ob dies der Anfang eines wirklichen Kriegszustandes oder einer von jenen Grenzwirrenfällen war, wie sie sich nicht selten in jenen unruhigen Gegenden ereignet haben. Ich muß leider sagen, daß wir heute nachmittags die Nachricht erhalten haben, daß dieses Geheiß eine Folge der gestern von dem montenegrinischen Gesandten in Konstantinopel über- reichten Note war, die auf eine Kriegserklärung hin- auslief. Was den zweiten Teil der Frage Landsmannes anlangt, so war man übereingekommen, daß von den Vertretern der Mächte hinsichtlich der von der Türkei in den europäischen Provinzen vorzunehmenden Reformen ein Bericht angetrieben werden sollte, in Kon- stantinopel überreicht werden sollte. Es ist selbst- verständlich beabsichtigt, daß Grundzüge und Ausgangs- punkt für die Verhandlungen zwischen der Türkei und den Mächten der Artikel 23 des Berliner Vertrages und das Geheiß von 1880 bilden soll. Es ist weiter beabsichtigt, die Ausführung der Reformen im Geiste dieser Geheiß- normen zu empfehlen. Es ist auch gleichzeitig zum Ausdruck gebracht worden, daß die Reformen ohne irgend- eine Verletzung der türkischen Gebietshoheit erfolgen solle. Als ein ermutigendes Anzeichen können wir alle, wie ich glaube, bei der drückenden und beunruhigenden Situation die Übereinstimmung der Großmächte hinsichtlich der Vor- stellungen betrachten, die sie mit vereinten Kräften zu machen bereit sind.

Die englische Kriegsschiffe sind in den freieschen Gewässern eingefahren. Ein russisches Kriegsschiff ist vor Samos angekommen.

Politische Übersicht

Österreich-Ungarn. Der Bierausfluß der ungarischen Delegation nahm die bosnischen Vorlagen an. Finanzminister Ritter von Bihoff erklärte im Laufe der Debatte, seit der Annexion ist so viel für Bosnien geschehen und die Zugehörigkeit zur Dynastie der Monarchie ist so gestärkt, daß wir mit Beruhigung in die Zukunft blicken können, weil uns in dem Lande nichts geschehen kann. Diese Sicherheit wird um so kräftiger werden, je mehr dieses Land gefördert und sein Reichthum gesteigert wird.

Niederlande. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den die Kaffeepflanzungen der Regierung in Niederländisch-Indien aufgehoben werden sollen.

Spanien. Der Minister der öffentlichen Arbeiten wird der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf vorlegen, der das Verbot der Eisenbahnen und Eisenwerke rächt und der Streitigkeiten zwischen Eisenbahngesellschaften und ihrem Personal einen Schiedsgericht der Regierung obligatorisch macht.

Japan. Die Krönung des neuen Kaisers soll, wie das japanische Regierungsblatt „Asioh“ bekannt gibt, im Jahre 1914 stattfinden.

China. Die Zeitung „North China Daily News“ aus Tientsin vom 14. September meldet, ist es dem General Schou, der Anfangs September mit 2000 Chinesen von einer starken Abteilung Tibetener bei Hsotou überfallen wurde, gelungen, sich nach dem Tagemalch ermittelten Sitang durchzuschlagen. In gleicher Zeit nahmen andere chinesische Truppen Hsianhsien, und eine starke Abteilung Chinesen rückt auf Dequa vor, um sich mit einem von Tschienlu entlassenen Heer zu vereinigen. Die Chinesen beherrschen jetzt fastlich Tibet. 4000 Mann in Litang verhalten sich loyal, und die Stellung der Garnison in Chiala ist nach der vorliegenden Meldung sichergestellt. Der dortige chinesische Kommandant Tsungtsingling soll bei den Tschienlu sehr beliebt sein.

Nordamerika. Die Wahlkommission mission des Senats in Washington vernahm Dienstag Mc. Kinley, der die Wahlkampagne des Präsidenten- laufs bis zum Konvent geleitet hat. Mc. Kinley sagte aus, daß er für die Kandidatur des Präsidenten Laft 200 000 Dollars ausgegeben habe, wovon die Hälfte des Präsidenten Laft 150 000 Dollars und die Herr John S. Hammon, E. A. Steuber und Andrew Carnegie je 25 000 Dollars geschenkt hätten. Der Manager des Roosevelt-Konvents in Chicago sagte vor der Kommission aus, er habe bis zum Konvent für die Kandidatur Roosevelts in den Südstaaten 25 000 bis 30 000 Dollars ausgegeben.

Deutschland.

Berlin, 10. Okt. Der Kaiser wird am Sonn- abend, 12. d. M., auf der Fahrt von Cadix nach Danzig aus der Marienburg den gewöhnlichen Besuch abtun. Es wird das 25. Mal sein, daß der Monarch seit dem Jahre 1891 nach der Marienburg kommt, um die fort- schreitenden Arbeiten am Schloßbau zu beaufsichtigen. Von dort reist die kaiserliche Familie abens nach Potsdam ab; der Kaiser begibt sich direkt nach Gubertinsdorf. — Der Kronprinz traf, wie ein Telegramm aus Danzig meldet, gestern früh um 1/2 Uhr auf dem Danziger Hauptbahnhof ein und begab sich eine halbe Stunde später im Automobil nach der tropingischen Villa in Langfur.

(Dem Diner beim Staatssekretär v. Biderlen-Maehler) wohnten am Dienstag abend außer Herrn Sazonow, russischem Minister des Auswärtigen, an russischen Herren sein Vizepräsident v. Schilling, der Vizepräsident Sverbein und der Vizepräsident Bronewitsch, ferner von deutscher Seite der vertretende Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Herr v. Stumm, der Oberst- und Hausmarschall Graf Guleburg und Herr v. Eisenhardt, Unterstaatssekretär

im Staatsministerium, bei. Das Diner verlief in ange- regter, harmonischer Weise.

(Das preussische Staatsministerium) ist am Mittwoch zu einer Sitzung zusammengetreten.

(Der Staatssekretär des Reichspostamts Dr. Gleim) sind vom Urlaub nach Berlin zurückgekehrt.

(Landtags- Erziehung in Kalbe- Acherleben) Bei der gestrigen Landtags- Erziehung im Wahlkreis Kalbe- Acherleben erhielten nach einer Meldung aus Acherleben im ersten Wahlgange: Landrat v. Jafobi (10) 288 Stimmen, Amtsgerichts- rat Dr. Reih (akt) 210, Major Plade (akt) 82, Buchbindermeister Heinz (Mittel) 16 und Dr. Pfeil- Schneider (frei) 3. Die sofort nachher vorgenommene Stichwahl ergab für den konservativen Kandidaten Landrat v. Jafobi 344 Stimmen, für den national-liberalen Amtsgeschäftsrat Dr. Reih 216.

(Auf den Schreibräusen der Reaktion) flatterte, so schreibt die „Liberaler Korrespondenz“, eine interessante Afserte. Unter der Überschrift „Pflege deinen Körper!“ werden verschiedene Schönheits- kräfte angelehnt empfohlen, z. B. ein Sommer- pflanzmittel, ein Saarbalsam, ein Hühneraugenmittel. Alle diese süsslichen Essenzen und Salben sind zu beziehen durch einen Kaufmann K. in Hannover. Das wäre nun nichts besonderes. Der Betreffende sind aber, offenbar doch wohl als Empfehlung für den Kunstkreis, den er besitzt, im Prospekt und auf der Bestellkarte die Worte hinzugefügt: „Mitglied des Bundes (f) der Landwirte“. Wir möchten zwar bezweifeln, daß für die Angehörigen des Bundes der Landwirte ein Flecken Schönheitswasser (agua per la pelle) zu 2 Mk. zu den dringlichsten Bedürfnissen gehört. Die Fußsahle zu 1.50 Mk. pro Topf könnten die Mitglieder des Bundes auf ihren Agitations- reisen vielleicht eher verwerten! Wir möchten einmal sehen, was beispielsweise die „Deutsche Tageszeitung“ in der ihr eigenen schönen Entschuldigungen sagen würde, wenn ein Mitglied der liberalen Parteien oder des Hansabundes mit der ausdrücklichen Hervorhebung dieser seiner Mit- gliedschaft eine Afserte für allerlei mehr oder minder bedeutliche kosmetische Mittelchen treiben würde.

(Die Todesstrafe in Deutschland.) Die Zahl der Verurteilungen zum Tode zeigt nach der neuesten „Kriminalstatistik“ im Jahre 1910 eine Zunahme, nachdem vorher lange Zeit ein wesentlicher Rückgang erfolgt war. Im Durchschnitt der Jahre 1882—1886 wurden 76 Personen zum Tode verurteilt, 1887—1891: 62, 1892 bis 1896: 55, 1897—1902: 1906—1908: 31, 1909: 32, 1910: 43. Es hat also im Jahre 1910 gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme um 11 Verurteilungen oder 34 Prozent stattgefunden.

(Der preussische Parteitag der Sozial- demokraten) wird vom 6. bis 8. Januar 1913 stattfinden. Die Tagesordnung wird in dem „Vorwärts“ lauten: Bericht des Geschäftsführenden Ausschusses. (Referent: Eugen Ernst). Bericht der Landtagsfraktion (Strödel). Die bevorstehenden Landtagswahlen und der Wahlrechtskampf in Preußen. Die Sozialpolitik im preussischen Landtage. (Weinerl).

(Steigerung des Handels von Kantschou) Der letzten veröffentlichten Wertjahresbericht des chinesi- schen Zollamts für April bis Juni 1912 ergibt, daß der Handel unseres Schutzgebiets sich in dem genannten Zeitraum gegen das entsprechende Vierteljahr des Vor- jahres fast verdoppelt hat. Dies ist um so mehr hervorzuheben, als keiner der übrigen Wälder in China eine auch nur annähernd gleiche Handelssteigerung auf- weisen kann, vielmehr die meisten Wälder einen erheb- lichen Rückgang des Handelsverkehres aufzuweisen haben. Die Zahlen für die Hauptplätze lauten:

	1912	1911
Tsael (a 2,70 Mk.)		
Shanghai	3 181 420 588	4 463 414 511
Canton	744 524 274	788 846 108
Darbin	77 728 623	84 636 286
Tairen (Vor-Tsurtur)	355 830 988	388 650 187
Tientsin	920 588 981	1 064 613 987
Kantou	989 798 974	836 841 615
Kantschou	462 474 980	255 359 542

(Aus Deutsch-Südwestafrika) wird vom Gouvernemente telegraphisch berichtet, daß von der Dst- grenze neues bis jetzt nicht zu melden ist. Der Vorfall bei Hunerob ist noch nicht aufgeklärt. Die Patrouillen konnten die aufgefundenen Spuren nur bis zum 5. Oktober verfolgen, die Nachforschungen werden jedoch fortgesetzt.

Volkswirtschaftliches.

(Drohende Auswanderung rheinischer Winzer.) In Vord a. Rh. fand eine von etwa 600 Winzern besuchte Versammlung statt, in der betont wurde, daß bei weiterer Zunahme der Rebplaus die Winger genötigt sein würden, auszuwandern. Es wurde eine Resolution an den preussischen Landwirt- schaftsminister beschloffen, in der die Ergänzungen des Rebplausgesetzes erbeten werden.

(Im oberschlesischen Industriebezirk) fanden am Sonntag etwa fünfzig Versammlungen von Mit- gliedern der polnischen Berufsvereinigungen unter den Bergarbeitern statt. Gefordert wurden Lohnsteigerungen, der Achtundtag unter Anrechnung der Ein- und Ausfahrt, Verbesserung der Arbeits- ordnung usw. In der Resolution, die die Forderungen zusammenfaßt, werden die Grundverordnungen er- sucht, mit der Arbeiterauslösung in Unter- handlungen zu treten und bis zum 27. Oktober Ent- wort zu erteilen. Ferner wird gefordert, daß die Grundverordnungen die Unterstützung von Gemein- dienstleistungen der polnischen Arbeiter unter- lassen mögen. In einer weiteren Resolution werden

die Gemeinden aufgefordert, im Hinblick auf die all- gemeine Teuerung Fleischverkaufsstellen einzu- richten.

(Die Eintragungen im Preussischen Staatsschuldbuch sind in der Zeit vom Ende Juni bis Ende September d. J. um 98,6 Millionen Mark gewachsen. Es waren Ende September v. J. 2862,2 Millionen Mark oder 33 Proz., Ende Juni d. J. 2115,9 Millionen Mark oder 34,1 Proz., und Ende September d. J. 2214,9 Millionen Mark oder 35,08 Proz. der gesamten eintragungsfähigen Staatsschuld im Staatsguld- buch eingetragen. Die Zahl der Konten hat seit dem 20. Juni d. J. um 2084 zugenommen. Sie betrug Ende September v. J. 57 984, Ende Juni d. J. 65 096, Ende September d. J. 67 180. Neu eingetragen wurden im letzten Vierteljahre 108,5 Millionen Mark, darunter allein 61,7 Millionen Mark zugewandte Reichsschuld, dagegen unter Verrechnung von Schuldberichtigungen gelöst zusammen nur 9,8 Millionen Mark. Die erheblichen Erleichter- ungen des Schuldverkehrs, welche das neue Schul- buchgesetz vom Jahre 1910 ermöglicht hat, haben auch in dem letzten Vierteljahr wieder zu einer erheblichen Zu- nahme der Benutzung der Einrichtung durch das Publikum geführt.)

(Die vermehrte Aufteilung von Staats- domänen zu Pachtbewirtschaftungen. Wie die „Post, Ztg.“ hört, ist es vor kurzem gelungen, mehrere Domänen, die im Jahre 1913 pachtfrei werden, an Land- gesellschaften für Pachtbewirtschaftung zu veräußern. So ist die Domäne Ummendorf (Kreis Neubrandenburg) vor kurzem an eine Gesellschaft verkauft worden. Ferner sind Verhandlungen über den Verkauf der Domäne Hohenburg im Kreise Lutzow in der Provinz Pommern und Schönfeld (Neumark) gleichfalls bereits verkauft worden, und das gleiche ist der Fall in der Provinz Pommern bezüglich der Domäne Rehdin im Regierungsbezirk Stettin sowie der Domäne Buchholz, die die Domänenverwaltung an die Bommersche Landgesellschaft an Pachtbewirtschaftung veräußert hat. Außerdem sind noch Verhandlungen über eine Aufteilung von Domänen in Ostpreußen. Sämtliche Regierungen sind im übrigen von der Zentral- instanz aufgefordert worden, die in den nächsten Jahren pachtfrei werdenden Domänen zu bezeichnen, die sich besonders für eine Aufteilung eignen.)

Vermischtes.

(Stotterndes Geheiß für den Weinbau.) In rheinischen Winterreisen wird der Erlaß eines Rot- handesgesetzes angefochten, da die Bestimmungen des Weingesetzes nicht ausreichen, um den geringen Rest der Trauben, den der Frost nicht vernichtet, aber minderwertig gemacht hat, durch Aufkauf von Zucker zu trinkbarem Wein zu machen.

Luftschifffahrt.

Witterfeld, 9. Okt. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, die Zeitungsmitteilung über einen verheerlichen Unfall in einem Pariser Luftschiff ist vollkommen unzutreffend. Auf der Probefahrt des Luft- schiffes Nr. 17 bemerzte der Führer, daß das oben über- druck im Ballon ansetzende Manometer nicht richtig funktionierte und einsehlich sich deshalb, der Sicherheit wegen zu landen, was sich ohne fremde Hilfe vollkommen gelung vollzog. Das Schiffschiff wurde weder an den Pro- belfahrt noch an der Schule im geringsten beschädigt und konnte auch trotz des schwierigen Geländes ohne jede Beschädigung nach Witterfeld zurückgebracht werden, wo augenblicklich — 9 1/2 Uhr vormittags — die letzten Vor- bereitungen zu einer neuen Fahrt getroffen werden.

Ein Pariser Luftschiff über Belgien.

Das „A. N. 17“ flog gestern mittag mit 10 Personen an Bord nach Belgien, wo es kurz nach 1 Uhr eintraf. Es kreuzte ca. eine Stunde über der Stadt und flog dann wieder nach Witterfeld zurück, wo es nach einer sechs- stündigen Fahrt nachmittags nach 5 Uhr statt landete, nachdem es noch über Halle-Götze, Wittenberg gefahren war.

Das Luftschiff „Gaulle“

wird, wenn das günstige Wetter anhält, am nächsten Sonntag, den 13. Oktober, morgens 8 Uhr, von Ham- burg abfahren und vorüberfliegen um 11 Uhr auf dem großen Erzerplatz in Braunschweig landen. Die Fahrt geht indes nicht nach Hamburg zurück, sondern nach Ost a., wo die „Gaulle“ 10—14 Tage bleiben wird. Auf dem Fluge dorthin werden die Städte Wolsfenbüttel, Oster- wick, Schöningh, Goslar, Herzberg, Duderstadt, Dingel- stedt und Mülhausen berührt und dort Schleifenfahrten ausgeführt werden. Auf dem großen Erzerplatz in Braunschweig werden Mannschaften des Infanterie-Regiments Nr. 17 Hilfe leisten.

(Hitzegeratenmangel in Johannisthal.) Auf dem Hitzegeraten Johannisthal ereignete sich Mit- woch nachmittags ein schwerer Unfall. Der Ober- leutnant Poprikoff, einer der drei von Ungarnen nach Johannisthal abkommandierten Offiziere, hatte gegen 5 Uhr mit der Schulmaschine der Albatroswerke einen Ausflug gemacht. Als er hinter der Hitzegeraten in die Nähe des Hitzegeratenkam, bemerkte er, daß ihm der Erzeichter der Maschine, der aus etwa 100 Meter Höhe im Gleitflug niederging, bedenklich näherte. Da ein Ausweichen der beiden Maschinen nicht mehr möglich war, verlor der Offizier, seinen Doppel- decker im Gleitflug unter dem feil herannahenden Ein- decker hindurchzubringen. Auch Michaelis verlor seinen Eindecker emporgeschoben, aber es gelang ihm nicht mehr, den Erzeichter der Albatrosapparate hinwegzuzoomen. Die Lande- vering ließ sich dem Anfangsstell an der oberen Trags- fläche des Albatrosapparates und beide Maschinen in stürzten mit lautem Krach zu Boden. Michaelis, der mit einer Verletzung am rechten Auge und am Arm davonkam, konnte ohne fremde Hilfe aus seiner Kasserolle steigen. Poprikoff hingegen war nicht mehr. Er wurde von der Tragdecker seiner Maschine eingeklemmt und konnte erst von den zu Hilfe eilenden Mechanikern erlöst werden. Der Offizier wurde schlen- nigt nach dem Krankenhaus in Fritz gebracht, wo der Arzt innere Verletzungen und Bereizung des einen Lun- genlappels feststellte.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von F. B. S. in Merseburg.

G. Hoffmann ^{Inhaber:} Bernhard Taitza Markt 19

Aeltestes und grösstes Spezialgeschäft

für

Woll- und Wirkwaren:

Trikotagen - Strümpfe - Handschuhe - Blusenschoner - Reformbeinkleider - Damen-Westen etc.
Alleinverkauf: Dr. Lahmanns und Dr. Jägers Gesundheits-Unterwäsche.

Eleg. Neu. in Weißwaren u. Schneidereiartikeln

Fichus - Robbespierre-Kragen - Spachtelgaraturen - Jabots - Rüschen - Knöpfe - Besätze
Einsätze - Tüll- und Spachtelstoffe - Metalplains - Besatzseiden - Kurzwaren etc.

Reichh., best. sort. Ausw. mod. Handarbeiten:

vorgezeichnete - angefangene und fertiggestickte Arbeiten - Gobelins - Kelims - Smyrna
Durchbrucharbeiten - grosses Stofflager - echte Garne etc.

In Herrenartikeln, Korsetts, Untertailen, Schürzen, ^{schwarzen und weißen} Kinderschürzen

führe nur Qualitäten, die jahrelang sich durch gute Verarbeitung und eleganten Sitz bestens bewährt haben. Durch die reichhaltige Auswahl in den Artikeln ist jede Abteilung in allen Preislagen gut sortiert.

Großer Verkauf

im

neueröffneten Geschäftshaus Entenplan 11 (Haus Dobkowitz)
bei bedeutend vergrößerter Auswahl zu außerordentlich billigen Preisen.

Paul Ghler, Merseburg.

Glas, Porzellan, Haus- und Küchengeräte.

Die Eröffnung der Spielwaren-Abteilung erfolgt am 1. November.

Heute Freitag ^{Zusammenstellung der sich im Laufe der Woche angesammelten} Reste und Restbestände

Verkauf zu ganz besonders herabgesetzten Preisen.

Kaufhaus Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan 8.

Hierzu 2 Beilagen.

Erste Beilage.

Zur Fleischsteuerung.

Der Vorstand des Deutschen Städte- tags hat Montag vormittag im Kaiser Saal...

Der Vorstand kann es nicht als die Aufgabe der deutschen Städte anerkennen, dauernd in die Preisgestaltung der Nahrungsmittel einzugreifen...

Unter Hinweis auf diese Befristung beschließt der Vorstand, in einer erneuten Petition an den Reichstag...

Die nationalliberale Fraktion des preussischen Landtages hat folgende Termininterpellation im Abgeordnetenhaus eingebracht...

Zur Begründung der Interpellation wird ausgeführt: Die Maßnahmen, die Gemeinden für den Verkauf billiger ausländischer Fleischwaren...

Die nationalliberale Fraktion des preussischen Landtages hat folgende Termininterpellation im Abgeordnetenhaus eingebracht...

Zur Begründung der Interpellation wird ausgeführt: Die Maßnahmen, die Gemeinden für den Verkauf billiger ausländischer Fleischwaren...

gierung Gelegenheit haben, sich noch etwas deutlicher und bestimmter als bisher über die Maßnahmen zu verbreiten...

Das Landes-Economie-Kollegium und die Fleischsteuerung. Die Ständige Kommission des Landes-Economie-Kollegiums ist unter dem Vorsitz des Grafen v. Scherwin-Lewis am 4. d. M. im Landwirtschaftsministerium...

Deutschland.

(Der nationalliberale Abg. Schiffer) hat in einer öffentlichen nationalliberalen Versammlung in Magdeburg, in der auch Landtagsabg. Guxon sprach, sich ganz energisch auf die Seite Wassermanns geschlagen...

(Aber der Hansawoche) die vom 11. bis 17. November in Berlin im Admiralspalast stattfindet, wird auch die Zusammenberufung des Zentralausschusses für die Angelegenheiten des Präsidiums-Direktoriums...

(Was die katholischen Geistlichen anstreben) Zentrum und katholische Geistliche sind in letzter Zeit besonders rührig in der Schulaufsichtszfrage...

Der preussische Episkopat sei beim Kultusministerium vorstellig geworden, es solle der Kirche Mittel und Wege zeigen, wodurch das Recht der Kirche auf Überwachung...

Als der ganze preussische Episkopat will dies, und zwar ist dies die Antwort auf die Bestrebungen, die geistliche Kreisinspektion allmählich zu beseitigen...

(In der Jesuitenfrage) hat auch der Antikulturanthone Reichsverband, Abteilung Pfalz, eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet. Sie wendet sich gegen den Inhalt der Eingabe der bayerischen Bischöfe...

(Die württembergischen Sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten) werden im...

Shatten.

Kriminalroman von Fibore Kanbach.

(8. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Wie im Tunnel verneigte sich Hans, der Amtsgerichtsrat reichte Mellin nicht die Hand wie vorher...

Als die Tür sich hinter ihm geschlossen hatte, irrte sich der Amtsgerichtsrat bedächtig über die spärlichen Haare seines runden Schädels...

Er brühte auf den Knopf der elektrischen Klingel, die vor ihm stand. Zur nächsten Sache, rief er dem herein-

Mellin ging dicht an den Säulen entlang, mit hochgeschlagenem Mantelranden, und rief in stillen das wirbelnde Schneegedöbel, das die Menschen umwallte wie ein weißes Gewoge...

5. Kapitel.

Ein paar Tage später machte sich Mellin nach Beendigung der Expeditionen auf den Weg nach der Villa des ermordeten Kommerzienrats Hebe.

Er wollte August Bettinger, den Hausmeister, sprechen, von dem lebhaften Bunde befehl, durch ihn vielleicht Rathen zu erfahren, die Zusage entlassen könnten...

Diese furchtbare Zweifel an Jerngard, die seit der Testamentseröffnung sein Herz zerissen, wollten nicht weichen.

Jern gegen seine Leidenschaft zu ihr packte ihn. Warum zernarrte er sich um ihre Willen? Alles wollte er daranlegen, um ihre Unschuld an den Tag zu bringen...

Edon sah er Hebes Haus zwischen den weißen Wänden der Halle aufstehen. Verdröht, gleichgültig schien es ihm, seitdem Jerngard nicht mehr darin waltete.

Er zog die Glocke. Die schwere Porte prang mit dumpf schallendem Geräusch auf und fiel lautlos wieder ins Schloss, als Mellin eingetreten war...

Das ist Mellin? Darf ich Sie eine halbe Stunde stören? fragte Mellin so höflich, als rede er mit Feinseligkeiten.

Bettinger fragte ihn Anzeichen zusammen und blinzelte ihn mißtraulich an. Was wollten Sie wollen, Herr Mellin?

Er ging Mellin voran und öffnete kein kleines Geheiß, in das ein paar Spitzhühner hinabstiegen. Oben und unten waren erfüllt den engen, einseitigen Raum mit flüchtiger Luft.

Als der Abend, als Jern ermordet wurde, waren Sie nicht zu Hause, nicht wahr? fuhr Mellin unbetört fort.

Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Erbschaft, Herr Bettinger, sagte Hans wohlwollend; wie gut, daß Sie nun Ihr Auskommen haben...

Sie, meine Bettinger mit finsterner Miene und ließ sich auf den anderen Stuhl am Tische nieder, seine angebrante Pfeife unruhig von sich ziehend.

Wiehen Sie mir die Frage nicht, fuhr Hans im Tone der Teilnahme fort, wodurch haben Sie Ihren Arm verloren? Sind Sie verunglückt?

Wiehen Sie mir die Frage nicht, fuhr Hans im Tone der Teilnahme fort, wodurch haben Sie Ihren Arm verloren? Sind Sie verunglückt?

Wiehen Sie mir die Frage nicht, fuhr Hans im Tone der Teilnahme fort, wodurch haben Sie Ihren Arm verloren? Sind Sie verunglückt?

Wiehen Sie mir die Frage nicht, fuhr Hans im Tone der Teilnahme fort, wodurch haben Sie Ihren Arm verloren? Sind Sie verunglückt?

Wiehen Sie mir die Frage nicht, fuhr Hans im Tone der Teilnahme fort, wodurch haben Sie Ihren Arm verloren? Sind Sie verunglückt?

Wiehen Sie mir die Frage nicht, fuhr Hans im Tone der Teilnahme fort, wodurch haben Sie Ihren Arm verloren? Sind Sie verunglückt?

"Vorwärts" geruffelt, weil sie in der Schlussphase des Landtags am Sonnabend beim Hoch auf den Königsberg den Ehren erhoben haben. Das sozialdemokratische Zentralorgan schreibt: "Sollte diese letzte Mitteilung richtig sein, dann müssen wir es sehr bedauern, daß die württembergischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten die eben erst vom Gemeindevorstand beauftragte Meinung über das höchste Zeremoniell zu wenig reflektiert und sich bemüht in Gegenwart der hiesigen Empfinden der großen Masse der Parteigenossen und der alten sozialdemokratischen Tradition gelehrt haben. Mit das Eintreten des Ritterchaftsadelns der ersten Kammer für den Genossen Kaufherr und Sildbestand etwa um diesen Preis erlaubt?"

Provinz und Umgegend.

† Raumburg, 10. Okt. Die Kräfte der letzten Nässe haben dem Weine sehr geschadet. So ist in den Bergen mit Ost- und Nordlage an Saale und Unstrut der größte Teil des Weines erkrankt. Damit ist auch für so viele die letzte Hoffnung, die sie auf ein großes Miße und Sorgfalt durch Krankheit aller Art hindurchgeretteten geringen Ertrag gesetzt hatten, zunichte geworden. Ein hiesiger Verbeßler schätzte den Schaden in seinen Weinbergen auf 8000 Mark.

† Zeitz, 10. Okt. Der Fabrikant Papst in Frankfurt a. M. hat kein im benachbarten Saale gelegenes ehemaliges Fabrikgrundstück dem roten Kreuz geschenkt, damit dort auf seine Kosten ein Heim für Kranke und Erholungsbedürftige errichtet werde.

† Hohenmölsen, 10. Okt. Zu einem gemeinschaftlichen Knappheitskrankenhaus für das Zeit-Weinlich-Wiesenfelder Brau- und Glanzgebiet wurde hier der Grundstein gelegt.

† Torgau, 10. Okt. In das hiesige Untersuchungsgefängnis wurden eingekerkert die 23 Jahre alte Frau Wolf und die 7 Jahre alte Frau K. h. r. g., beide aus Mühlberg a. G. Die Wolf wird beschuldigt, ihr nur wenige Tage altes Kind mit Dylol vergiftet zu haben und die K. h. r. g. soll dazu durch Beschaffung des Dylols beihilfe geleistet haben.

† Naumburg, 9. Okt. Das große Lagerhaus der Kunst- und Handelszinnerei von Gebrüder Dippe ist mit großen Samenvorräten heute abend völlig ausgebrannt.

† Wittenberg, 10. Okt. Auf dem Tierplatz der Wiesenarena ergriff ein dort angepöckelter Hahn ein achtjähriges Mädchen, drückte es an sich und warf es dann zu Boden, um es zu zerquetschen. Auf das Geschrei des Kindes eilten die Angestellten der Arena herbei und befreiten es aus seiner gefährlichen Lage. Das Mädchen hatte bereits erhebliche Verletzungen erlitten.

† Weiskirchen, 9. Okt. Der Arbeiter Adolf Westhoff ist beim Anbringen eines Tores in der Oberlandstraße in einen verschlossenen Hochspannungsraum gegangen, der als solcher gekennzeichnet war. Hier geriet er zwischen die Hochspannungsapparate und wurde durch eigene Unvorsichtigkeit auf der Stelle getötet.

† Vom Südburg, 9. Okt. In Hattorf j. B. der 72jährige Zimmermann Wilhelm Barke mit seinem Bruder auf einer an einem Abhänge gelegenen Wiese Grummet auf. Beim Weiterziehen des Wagens kam dieser auf dem abschüssigen Gelände ins Rollen; Barke, der an der Deichsel war, konnte den Wagen nicht aufhalten, er kam zu Falle und die Räder des vollbeladenen Wagens gingen ihm über die Beine und über die Brust, so daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat.

† Göttingen, 10. Okt. Ein aus Seeburg im Landkreis Göttingen gebürtiger Deutschamerikaner, der vor langen Jahren nach Amerika ausgewandert und dort zu großem Wohlstand gelangt ist, hat, nachdem er kinderlos gestorben ist, seiner Heimatgemeinde ein Vermögen von 240 000 Mark testamentarisch vermacht mit der Bestimmung, daß die Zinsen an der hannoverschen Landesuniversität zu Göttingen studierenden Söhnen der Gemeinde Seeburg zufließen sollen.

† Chemnitz, 10. Okt. Die Maschinfabrik Paulsen jun. stiftete aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens zum Untersuchungsfonds für Beamte und Arbeiter weitere 75 000 Mark. Der Fonds beträgt nunmehr 360 000 Mark.

† Leipzig, 10. Okt. Der Rat der Stadt Leipzig hat im Einvernehmen mit der Fleischerninnung dänisches Rindfleisch einführen lassen. Die erste Sendung ist bereits zum Verkauf gestellt worden. Rindfleisch kostet 80, Bratfleisch 95 Pfg. das Pfund.

† Plauen, 9. Okt. Die Abänderung des Stadtvorordneten-Wahlrechts. Gestern nachmittag um 5 Uhr begannen im Plauer Stadtvorordnetenkollegium die Verhandlungen über die Abänderung des Stadtvorordneten-Wahlrechts. Dem Kollegium lagen zwei Entwürfe vor, der eine, vom Rechts- und Verfassungsausschuß ausgehend, beantragte die Zustimmung zu einer etwas abgeänderten Fassung des Entwurfs des Oberbürgermeisters Dr. Dehne, über den wir vor kurzem ausführlicher berichtet haben, und der die großen Ausweitungen verurteilte. Der andere, der vom Stadtvorordneten Rechtsanwält Dr. Scheuffler ausgehend und von 5 Stadtvorordneten mit unterzeichnet war, beantragte die Ablehnung des Entwurfs des Oberbürger-

meisters und des Antrags des Verfassungsausschusses zugunsten des Dr. Scheufflers Vortrags einer Wahlrechtsänderung. Nach heftiger Debatte, die sich bis 12 Uhr ausdehnte, wurde schließlich das vom Oberbürgermeister Dr. Dehne ausgearbeitete Entwürfen. Komunal-Wahlrecht in der vom Rechts- und Verfassungsausschuß vorgelegten Form mit 37 gegen 15 Stimmen angenommen.

† Leipzig, 9. Okt. Mängel am Hauptbahnhof. Das nicht als vollständig vollkommen ist, bedarf keines besonderen Nachweises. Daß daher auch der sonst so herrliche neue Bahnhof dieses Festes in der Heranzunft an sich tragen würde, war voranzusehen. Man wird auch hier je länger je mehr etwas entdecken, was doch noch hätte besser eingerichtet werden können. Voranzusehen war jedoch wohl nicht, daß man die Vorteile des neuen Bahnhofs selber wieder unklar machen würde. Sind da nicht die Fahrten warten muß, denn hier sind ja fünf Schalter allein für die dritte Klasse. Aber was geschieht, um wieder zu den alten Zuständen zurückzuführen, ja je noch zu verkleinern? Es wird einfach nur ein einziger Schalter drängender und schließender, muß die große Schär sich schimpfender Reisender abfertigen. Als wir noch mehrere Bahnhöfe hatten, verteilte sich die Menge auch auf mehrere Schalter, jetzt aber drängt sich alles auf einen einzigen zusammen. Daß der Beamte dann etwas die Ruhe und Rastlosigkeit verliert, und gegen das Publikum nicht sehr liebenswürdig ist, ist wohl begreiflich, doch fällt die Schuld weniger auf ihn, als vielmehr auf die Verwaltung, die, wie es scheint, hier wieder einmal an Beamten sparen will. Verjüngt wird die Abweidlung der Gefährde auch noch durch die unglückliche Kartenbrudermaschine, die doch eigentlich Zeit erparen sollte, aber tatsächlich mehr Zeit verlangt, als wenn der Beamte in das betreffende Fach greift und die Karte für und fertig herausholt. In der Theorie mag die Sache, die natürlich auch in der Praxis sein, in der Praxis bedauerlich für sich nicht. Denn abgesehen davon, daß das Publikum viel langsamer bedient wird, als früher, sind auch Irrtümer des Beamten nicht ausgeschlossen, deren Schaden er selbst oder das Publikum tragen muß, wenn dieses nicht von umständlicher Klammation, wie meistens nur weniger Geistes, absehen will. Unseren Lesern, die nach Leipzig reisen, ist daher, sich gleich auf der Abgangsstation mit Rücksicht auf zu versehen.

Merseburg und Umgegend.

10. Oktober.
** Die Tage im Oktober werden schon merklich kürzer. Der Tag der Tageslänge am 1. Oktober noch 11 Stunden 35 Minuten, so haben wir am 31. nur noch eine solche von 9 Stunden 36 Minuten. Die Abnahme umfaßt also insgesamt 1 Stunde 59 Minuten. Am 23. abends 8 Uhr tritt die Sonne aus dem Zeichen der Waage in das des Skorpion. Am 10. findet eine Sonnenfinsternis statt, die jedoch in unserer Gegend nicht sichtbar ist.

** Die Absicht, die Sammlungen für die National-Flugpende bereits zum 1. Oktober 1912 zu schließen, ist, wie man uns schreibt, dringenden Wünschen von verschiedenen Seiten ersprechend, aufgegeben worden. Die Sammlung soll vielmehr noch während des Oktobers fortgesetzt werden. Für Ende dieses Monats ist jedoch endgültig der Abschluß vorgehen. Es ergeht daher an die Sammelstellen die Bitte, Ende Oktober ihrerseits abzurechnen und die sich ergebenden Beträge an das Reichs-Lomite abzuführen, damit spätestens im Laufe des November die Absicht über das Gesamtergebnis herausgegeben und die Bildung des Kuratoriums für die Verwendung der National-Flugpende durchgeführt werden kann. Wir weisen hierbei noch besonders auf die vom hiesigen Bürger-Ausschuß eingeleitete Sammlung hin und bitten um rechtliche Spenden.

** Nach dem am 1. Oktober erschienenen Blatt sind im Bereich des Regierungsbezirks Merseburg 15 000 Versteilen offen und in der Zeit vom 1. Oktober 1912 bis 1. Januar 1913 zu belegen.

H. Ein breizlicher Geruch strömt uns entgegen. Wohin wir uns auch wenden mögen, überall ist er da und reizt unsere Nerven durch den Geruch und unseren Hals, wenn er sehr stark wird, zum Husten. Selbst im Zimmer können wir uns nicht erwehren. Was mag das wohl sein? Ein Gang durch die Keller gibt uns die Antwort. An vielen Stellen flammt auf den Feldern und weithin sieht sich der Rauch, aber und Wiesen mit einem dünnen Schleier überziehend. Der Qualm von dünnem Kartoffelfeuer ist es, der sich also bemerkbar macht. Dieses anzuhängen, als Zeichen der beendeten Kartoffelernte, ist eine Sitte, so alt wie der Kartoffelbau selbst. Denn etwas anderes weiß man mit den barten Braunen Strafen nicht anzufangen. Das Vieh frißt sie nicht, und auch als Streu sind sie nicht geeignet. Am besten wären sie wohl noch als Dünger zu verwenden, indem man sie bei Ausbreitung gleich mit unterflutet. Aber auch hiermit hat man keine guten Erfahrungen gemacht. Das Zeug verfaul nicht, und im Frühjahr, wenn Regen reißt, man ganze Büschel wieder mit heraus. Da verbrennt man das Kraut lieber, wobei gleich für ein Vergnügen der Kinder georgt ist. Denn nichts macht ja denen mehr Spaß, als mit Feuer spielen oder zu "losten", wie der Berliner sagt. Die Folgen solcher Kessel sind freilich nach der den Kindern vorzuziehenden sehr erstickten Wirkung höchst bedauerlich, indem sie zu dem Genuß, das Feuer am feinsten ist, dem Wasser, in nächster Beziehung stehen. Das ist dann höchst blamabel. Da heutzutage alles mögliche auf die alten Deutschen zurückgeführt wird, sogar die Kirmes, so können wir dies bei dem Kartoffelfeuer ebenfalls versuchen und funkreiche Vergleiche mit altermanigen Sonnenfeuer anstellen. Es wäre dann eine Art von Dank- und Gernheit. Aber leider sind die Kartoffeln ebenjenseitig und ghermanisch wie die Kirmes. Indes dient das Kartoffelfeuer nicht bloß dem Vergnügen, sondern es wird auch praktisch verwendet. Die

liebe Jugend brüt sich in seiner schnellen Wäse Kartoffeln, die, obwohl oft genug halb roh und halb verbrannt, doch viel besser schmecken, als die den mütterlichen Kochtopfe entkommenden. Um das qualmende Feuer gelagert, die heiße Kartoffel in der Hand, kann man so schön einen Vorgehmad haben der in wenigen Jahren bevorstehenden Wanderver- und Winaufreisen, die bekanntlich in der Kartoffel, raus aus die Kartoffeln. Wanderverweilung auch an einem glimmenden Kartoffelfeuer die ersten Rauchstuden. Mögen sie ihm nicht schlechter bekommen, als das Verein!

** Verein für Feuerbestattung, G. B. In der am Dienstag abgehaltenen Vorstandssitzung erriethete der Vorsitzende nach die Aufnahme neuer Mitglieder einen ausführlichen Bericht über die Wiener Verbandsstagnation. Zu dem in Wien beschlossenen Ertragssatz von 1200 Mark für einen in Not geratenen, hochbetagten Arbeiter, der vor Jahren wegen Amierens in Anstalt bei der Trauerfeier für einen Abgeordneten, der feuerbestattet sein wollte, im Disziplinerverfahren seines Amtes entsetzt worden ist, ist der Verein bereit, 15 Mark beizutragen; es wurde lebhaft beantragt, daß die Kassenbuchführung für den nächsten Bericht nicht gelassen. Die Verfassung vom 2. Jahresbericht des Verbandes wurde beschlossen. Das Buch enthält u. a. die geistlichen Bestimmungen der sämtlichen deutschen Staaten und hochinteressante statistische Angaben über die gewaltige Vermehrung der Krematorien. Der Vorsitzende in Deutschland löste über die Kassenbuchführung und die Verhältnisse der Krematorien. Beispielsweise ergibt ein Vergleich der deutschen 10 000 Mark überjährig. Ein Exemplar soll wie im Vorjahr dem Magistrat überreicht werden. Das Buch steht ebenso wie die von Herrn Inspektor Wolf verarbeitete Vereinsbilanz jedem Zutretenden leihweise zur Verfügung. Der Ausschuss nach Leipzig zur Beilegung des Krematoriums hat allseitig bekräftigt; es namten etwa 60 Mitglieder daran teil. Am 22. November soll wieder ein Disziplinarschied beantragt werden, an dem der Vorsitzende, Dr. phil. Witte, über die Wiener Verbandsstagnation und die dort gefassten wichtigen Beschlüsse berichten wird. Der Vorsitzende wird ferner am 22. Oktober in Leipzig und am 23. November in Wiesbaden in den beiden Kreisen die Vorträge mitteilen. Die Verhandlungen des Winter ist ein ebenfalls Vortrag in Merseburg für das Frühjahr in Merseburg geplant. Die Propaganda soll wieder lebhaft einsetzen; zu dem Zweck werden Kreisrezepte der "Blume" in Umlauf gesetzt und Werbeträger bereitgestellt werden. Hat der Verein auch in diesem Jahre bereits den erfreulichen Zuwachs von 42 Mitgliedern zu verzeichnen, so ist die Gesamtzahl mit 172 Mitgliedern noch viel zu gering, um bei dem geringen Jahresbeitrag von 2 Mark - wirklich Großes zu schaffen und den Gedanken der Feuerbestattung auch in unserer Stadt so zur Geltung zu bringen, wie es einem beratigen Kulturfortschritt gebührt. Anmeldungen nehmen alle Vorstandsmitglieder entgegen.

Wandervogelart. In die herbstlichen Wälder der Saale- und Elstraue findet neben einigen anderen Farnarten auch die nähere oder weitere Umgebung Merseburgs eine Wandervogelfahrt am Sonnabend den 12. Oktober 1912 statt. Der Sammelplatz ist an der Wassertorbrücke. Die Kosten für den ganzen Tag betragen ungefähr 50 Pfg., wofür auch ein warmes Mittagessen geliefert wird. - Auch jetzt in den schönen Herbsttagen ist es in den Laubwäldern besonders schön. In allen Farben schillert das bunte Laub. Leise zieht der Wind durch die hohen Wipfel der Bäume, wie und da das letzte Blättchen mit sich fortführend. Der Sommer zieht von hinten. ... es naht der Herbst.

** Ein fröhlicher Morgenstunde geriet heute ein fremdes Automobil beim Einbiegen aus der Naumburger in die Weiskirchenstraße infolge des herrschenden Nebels so nahe an die Bordsteine des Fußgänger, wobei das rechte Hinterrad total defekt wurde. Da man kein Ersatzrad mitführte, lag das Auto noch heute mit tag auf der Unfallstelle die an der Niederlage des landw. Konsumvereins. ** Am hinteren Gotthardsteich ist der Brommenabweg von der Holzbrücke nach der Leichstraße zu vor einiger Zeit an der offenen und zum Teil ausgehöhlten Mauer eingestürzt worden. Jetzt kann man dem höheren Wasserstande die Beobachtung machen, daß das Ufer, vorzüglich durch den bei Wind entweichenden Wellenschlag, mehr und mehr ausgewaschen wird und die eingerammten Wehre bereits im Wasser stehen. Es dürfte sich empfehlen, hier in der ganzen Länge eine Uferbefestigung durch Weidenflechtwerk machen zu lassen, damit das Ufer nicht noch mehr unterwölben und der hübsche Brommenabweg nicht teilweise so schmal wird, während schon jetzt es bei dem jetzigen Zustande gerade nicht aus.

§ Wehlig, 10. Okt. Lehrer Dannenberg, an der hiesigen Schule beschäftigt, ist im Schuldienst endgültig angestellt worden.

§ Eubitz, 8. Okt. Gestern fand in Eubitz fester Gemarkung Jagd statt. Zur Strecke kamen 179 Hasen, ein Reulst, wofürs gegen das Vorjahr um rund 100 Stück zur Höhe.

H. Dürrenberg, 9. Okt. Dornroschen ist wieder in seinen Winterstaat verfallen. Denn unter diesem Wäse erscheint uns nicht mehr ein so hübsches Märchen von einem Königsf. Wein, eine Prinzessin ist Dürrenberg, wenn auch ein verurteiltes. Ein Kranz von geschmackvollen Willen schmückt ihr Haupt, grün ist ihr Kleid und silbern der Saum, den die Saale darum schlingt. Im Sommer, da hat sie einen großen Spinnweb, im Winter hat er den Mund auf und schmarotzt ihr hübschen. Aber ist der letzte ihrer Brüder mit dem wandernden Schwaben von dannen gezogen, dann wirft der böse Zauber, und sie sinkt in monatelangen Schlaf, aus dem sie erst wieder erwacht, wenn der Königshof, der Lenz, sie wachlicht. Ein schlafender Mensch, und was' eine Prinzessin, pflegt aber nicht sehr geistvoll auszuweisen. Willst du bei den Mund auf und schmarotzt, so ist nicht allzu weitlich ist. So hieser denn auch Dürrenberg im Winterstaat seinen übermäßigen Anblick dar. Verbet liegen die Straßen und der Marktplatz

da, fast so wie in Hermann und Dorothea. Nur selten begegnet einem ein Mensch, am seltensten einem, den man nicht kennt. Da, wo sonst reines myriades Leben herrscht, auf dem Tennisplatz, auf dem Rinderplatz, in den Anlagen, da treibt sich bloß noch der Wind mit dem letzten braunen Laub sein Spiel. Am Grabstein, wo weit das Auge reicht, keine menschliche Seele. Und wie verschlafen sehen die Säulen aus! Die Säulen geschlossen, die Fenster zugedreht, und vernachlässigt die sonst so lauberen Gärten. Nur die Wetterfahne flackert im Winde, und es ist, als ob in ihr der Geist des Hauses wohnte, der beständig flüchtig über die Einmüdigkeit, in der er sich langweilt. Und passieren tut auch rein gar nichts. Kein kleiner Raubanfall, kein dreifacher Einbruch, kein Unglück beim lieben Nächsten, worüber man doch ein bißchen reden könnte. Kein gar nichts. Nicht einmal eine Verlobung, die am allerwenigsten. Um so mehr freut man sich auf die kommenden Feste in der Saline, auf eine Regattafahrt und auf das Konzert von Günther Coblenz. Das ist doch einmal eine Unterbrechung des öden Einzelns. Inzwischen daran sind wir Dürrenberger schon gewöhnt, und freuen uns schon auf das Frühjahr, ehe noch der Winter begonnen hat. Sobald dann die Frühlingssonne durch die Wolken bricht, man regt sich wieder zum Leben. Dann bekommt jedes Haus sein neues Kleid, und die Fenster neuen Glanz, denn werden die Gärten wieder zu Buchstaben, die Möbel werden aufpoliert, die Betten geputzt, die Tafel, Wohnung für Badegäste mit und ohne Pension wird hinausgehängt, und nun kann's losgehen. Und sobald der erste Badegast eingetroffen ist und das erste Kindeslachen unter den Bäumen erklingt, dann steigt die Dornröschen den Schlaf aus den Angeln und laßt sich freundlich den Gästen entgegen. Bis dahin aber gute Nacht und angenehme Ruhe!

Mücheln und Umgebung.

10. Oktober.

*** Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen hat, wie schon mitgeteilt, in Freiburg a. L. eine Obst-, Wein- und Gartenbau-Schule als Lehranstalt für den Sommer begonnen. Das Ziel der Schule soll in einem Jahre durch theoretischen Unterricht und die Besichtigung neuer Anlagen erreicht werden. Der theoretische Lehrstoff wird die Hauptfrage im Winter bei einer Unterrichtsreise von etwa 20 Wochen geboten. Im Sommer sollte die theoretischen Kenntnisse vertieft und die praktischen Fertigkeiten durch Unterweisungen und rein gärtnerische Übungen vervollständigt werden. Dazu steht der Schule ein Verwalter zur Verfügung, an dem die hauptsächlichsten Betriebsarten des Obstbaues, der Feingemüsebau, der Feldgemüsebau, Treiberbau von Obst und Gemüse, Blumenkultur und Gartenpflege praktisch durchgeführt werden sollen. Das Schulgeld ist auf 90 Mark festgesetzt. Davon sind 60 Mark bei Beginn des Winterhalbjahres und 30 Mark bei Beginn des Sommerhalbjahres zu entrichten. Die Besondere-Besultate für den Sommer werden den Pensionären beträgt je nach den Ansprüchen nur 40-60 Mark den Monat. Der erste Lehrgang beginnt am Donnerstag, den 24. Oktober 1912. Anmeldungen sind zu richten an die Landwirtschaftskammer in Halle a. S., Kaiserstraße 10.

*** Aus dem Kreise Querfurt. Der Frost in den letzten Nächten hat beträchtlichen Schaden in Garten und Natur angerichtet. Abgesehen von empfindlichen Gartenfrüchten, die vollständig vernichtet sind, haben auch die noch nicht vollständig eingearbeiteten Kartoffeln Schaden gelitten, so daß sie nicht als Dauerware aufbewahrt werden können, sondern sofort veratmet werden müssen. Die vom Kraute befallenen Futterrüben sind geschädigt, ebenso die Futtererbsen. Der Wein, der ohnehin in der Entwicklung zurück war, ist vollständig vernichtet.

S Braunsdorf, 10. Okt. Die Arbeiten auf dem Tagelohn der hiesigen neuen Kohlengrube werden durch einen zweiten großen Erdbäuger wesentlich schneller durchgeführt. Der Baugerät ist die hiesigen Erdbäuger. Durch besondere Schwere, die von einer elektrischen Lokomotive gezogen werden, wird der Abräum bis unmittelbar an die Brückfabrik gebracht, wo bald ein neuer Hügel entstehen wird.

S Köpzig, 10. Okt. Von einem Rittergutswagen wurde hier ein 13jähriger Schafhund überfahren. Die Verletzung war so schwer, daß er auf ärztliche Anordnung in das Bergmannstrost bei Halle transportiert werden mußte.

S Niedererzsch, 9. Okt. Bei der gestrigen abgehaltenen Treibjagd wurden etwa 500 Hasen erlegt. Die Jagdmittel wird am 19. d. M. öffentlich meistbietend verpackt werden. Nur Zerkleinerungen dürfen Gebote abgeben.

S Barndorf, 10. Okt. Nächsten Sonntag den 13. Oktober wird Superintendent Rosenthal in unserem Orte eine Kirchenvisitation abhalten. — In einem Stroddienen fand ein fleißiger Fleißer zwei gute Jagdgewehre, die wahrscheinlich Eigentum von Wilderern sind.

Gerichtsverhandlungen.

— Wegen verübten Watermordes ins Zuchthaus. Das Schwurgericht in Erfurt verurteilte den Dreckschmiedler Werten aus Gebien, der seinen Vater zweimal in den Rücken schoß, wegen verübten Watermordes zu einer sechsjährigen Zuchthausstrafe.

— Das Urteil gegen den Attentäter Dalba wurde wegen seines Schickens auf den italienischen König zu 30 Jahren Zuchthaus und noch drei weitere Jahre Spezialüberwachung nach der Strafverbüßung verurteilt.

— Delz, 9. Okt. Das Schwurgericht hat den fürsorgensüchtigen Wilhelm E. Schöler aus Gotha (Kr. Mücheln) wegen Ermordung der Dienstmagd Lucia Skarodt zum Tode verurteilt.

— Straßburg, 9. Okt. Von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts wurde der Rechtsanwalt Willibrod Perle (Straßburg) wegen Veruntreuung in vier Fällen zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Jahre beantragt.

Vermischtes.

* (Ein unglücklicher Zufall.) Aus Ragusa wird telegraphisch nach Wien gemeldet: Der deutsche Marineattaché in Wien, Kapitän a. S. Graf von Hofadomsky-Wedner, wurde am 9. d. in einem Walde auf der Salbitz bei Ragusa durch einen Schuß aus einem Browningrevolver in die Herzgegend verwundet aufgefunden. Er erklärte, er habe sich durch einen unglücklichen Zufall verletzt. Die Feststellungen ergaben, daß Graf Hofadomsky seit Montag vermisst wurde. Sein Zustand ist nicht hoffnungslos.

* (Zur Vergeltung.) G 171. Kurbaden, 9. Okt. Wie gemeldet, war es dem norddeutschen Bergungsverein in voriger Woche gelungen, unweit der Unterangsstelle des Torpedoboots „G 171“ ein Wrack aufzufinden, das man für das Wrack des „G 171“ hielt. Inzwischen haben Tauchuntersuchungen ergeben, daß es sich nur um das Torpedobrett des in zwei Teilen gesunkenen Torpedoboots „G 171“ handelt. Der hintere kleinere Teil des Wracks ist noch nicht gefunden worden. Das Hebeschiff „Derele“ ist einmündig im Schutze von Helgoland vor Unterbracht worden, während dem Taucher vom Bergungsdampfer „Wether“ aus mit dem Ausbringen von Trossen unter dem Wrack hindurch begonnen haben. Diese Trossen werden später von der „Derele“ aufgezogen und dann mit dem Bergungsdampfer „Wether“ durch den Schlepper und Bergungsdampfer „Wöde“ die Suche nach dem Hinterteil des Torpedoboots wieder aufnehmen.

* (Von Getreidebämpfen getötet.) Wie ein Telegramm aus Rotterdam meldet, wurde dort ein Arbeiter getötet, der mehrere in einem Getreidefeld aufgeschichtete Partien Getreide befeuchten mußte, durch die aus dem Getreide strömenden Dämpfe betäubt. Drei Arbeiter, die an Gurten hinuntergelassen wurden, verloren gleichfalls das Bewußtsein. Ein vierter konnte dem Beamten einen Gurt um die Hüfte schlingen und wurde dann auch ohnmächtig. Die vier Arbeiter wurden ins Leben zurückgerufen. Bei dem Beamten waren die Weibschmerzen vermindert.

* (Die Cholera in Mexiko.) Die epiphytischen Zeitungen bringen erschütternde Einzelheiten über das Auftreten der Cholera in Mexiko. Mit dem Aufgehoben der letzten Kraft haben sich Choleraerkrankte, die meistens aus dem Innern von Bengasi und aus dem Fessan stammten, in die Wälder geschleppt und sind dort gestorben. Andere wurden sterbend an den Brunnen angetroffen. Die Wälder wurden verlassen, die Brunnen verlassen, weil das im Wiederbruch zu den Seuchen des Koran steht. Über 600 Wälder sind der Suche erlegen, an der Karawanenstraße liegt an manden Strecken ein Grab neben dem andern.

* (Raub der Häuser.) Urmia, 9. Okt. 30 bewaffnete Araber drangen in den vergangenen Nacht in die Stadt, überfielen den Bazar, töteten zwei Polizeistand leistende persische Soldaten und entkamen.

* (Unter Werd verdrängt.) In Neubüllach bei München wurde ein Waldarbeiter unter dem Verdacht in Haft genommen, seine seit dem vorigen Jahre verschuldete Schmelzgermutter sowie seine seit Februar d. S. nicht mehr gelebte Mutter von Kindern zu ermorden und beseitigt zu haben. Auf einen Bauern, der ihn in einem Wirtshaus der Tat verdächtig hat, der Waldarbeiter mehrere Schüsse abgegeben, aber nicht getroffen. Der Untersuchungsrichter hat jetzt die Abklärung des Terrains durch Polizeihunde angeordnet, um die Leichen aufzufinden.

* (Raub in Breslau.) In der Nacht zum Sonntag brachen Diebe in die Kolonialwarenhandlung von B. Klose ein. Sie stahlen einen Geldschrank und raubten 500 Mark. Den im Geschäft fehlenden Lebrlinge wurde die Schweldebude eingeschlagen.

* (Das Ende einer Ehe.) In einem Gasthose Kleinbafels (Schweiz) kam es Mittwochabend zu einer Schlägerei zwischen Gästen, zwei Herren und einer Dame. Die beiden Herren sind tot, die Dame ist schwer verletzt. Die Toten sind der etwa 50jährige Baumeister Speiser aus Friedlingen bei Leopoldsdorf in Baden und ein Eisenbahnsekretär aus Leopoldsdorf. Der letztere hatte mit der Gattin Speisers eine Zusammenkunft, als Speiser unerwartet im Hotel erschien. Über den Vorgang der Schlägerei ist vorläufig nichts genaueres zu erfahren, da die einzige Zeugin die schwerverletzte Frau Speiser ist.

Neueste Nachrichten.

Der Krieg auf dem Balkan.

London, 10. Okt. Das kaiserliche Bureau meldet aus Podgoritz von gestern: Die montenegrinische Armee hat heute vormittag den Krieg gegen die Türkei mit einem Angriff auf die stark verstärkte Stellung gegenüber von Podgoritz begonnen. Nach einem vierstündigen Artilleriekampfe räumten die Türken die Höhen von Platinia. Die Montenegroer rüsten zum Angriff auf Deutsch vor. Am Nachmittag trafen türkische Verstärkungen ein, und es entspann sich ein allgemeiner Kampf, der zurzeit noch andauert. Konstantinopel, 10. Okt. Blättermeldungen zufolge ist es den Albanen unter Rizä Bei gestern gelungen, Berana zu entsetzen und dort einzuziehen, wozuf sie auf montenegrinisches Gebiet vordrücken. — In patriotischen Aufzügen wird die Be-

völkerung aufgefordert, sich für die Armee anwerben zu lassen. Eine große Zahl albanesischer Freiwilliger meldete sich zum Truppendienst. „Sabah“ glaubt, die Montenegroer hätten Berana gewählt, um sich mit der serbischen Armee vereinigen zu können. Die Montenegroer hätten auch versucht, die Grenze in der Richtung auf Gussinje zu überschreiten.

Konstantinopel, 10. Okt. Das Kriegsministerium bereitet die Übernehmung des Landsturms vor. Es teilt mit, daß der Kampf bei Berana noch andauere. Albanische Freiwillige, Serben und Landsturmtruppen sind eingetroffen und noch umzingelten Berana. Das Kriegsministerium meldet ferner, daß kleine Bandenkämpfe an der bulgarischen, serbischen und griechischen Grenze stattgefunden haben. — Ein vom Großvezir veranlaßtes Trübe ordnet die Einstellung aller Universitätslehrer in das Militär und ihre Entsendung nach dem Kriegsschauplatz an.

Sofia, 10. Okt. Das bulgarische Regierungsblatt „Mir“ schreibt in einem Leitartikel: Die Fortdauer der verbündeten Balkanstaaten sind bis langer Zeit bekannt. Die Mobilisierung ist eine Folge des unerwarteter Turkei, in ihren Provinzen die Ordnung herzustellen. Wenn die Mobilisierung aufhört, Europa zu alarmieren, so können die Mächte den Balkanstaaten für diesen Dienst nur dankbar sein. Der Türkei eine neue Frist für die Durchführung von Reformen durch sie selbst geben, siehe den Krieg wünschen. Der Schlüssel der Situation liegt in der Einführung einer wirksamen Kontrolle für die Durchführung der Reformen in der Türkei.

Sofia, 10. Okt. Ein Balkan, der den Marsch von Sofia nach Sarajewo angeht, hat heute gestern in der Gegend von Berana ein Bataillon zur Sicherung der Straße zurückgelassen. Dieses ist von starken Armanen angetroffen worden und hat schwere Verluste erlitten. Die Armanen sind aber mit empfindlichen Verlusten zerstreut worden.

Sofia, 10. Okt. Die Zertrübung des Salonika-Salontinopel wurde durch die Regierung verhängt, sich für die Aufnahme des aus Anasolen eintreffenden Militärtransports ungenügend bereit zu halten. Auf allen Linien wird wahrscheinlich der Fracht- und Bahndienst von Dienstag an ganz eingestellt werden. — Die Armanen von Kofsovo telegraphierten, daß sie bereit seien, mit den Türken gegen den Feind zu ziehen.

Berlin, 10. Okt. Alle größeren Blätter erwarten für Donnerstag oder Freitag wichtige Schritte auf dem Balkan. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei wird mehrfach für spätestens Freitag als bevorstehend gemeldet.

Rom, 10. Okt. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Tripolis: Nach der Landung von Truppen in Bomba wurde gestern in dem westlichen Sektor von Derna eine Vorwärtsbewegung durchgeführt. Eine Kolonne brach von Derna auf, eine andere Kolonne marschierte gegen Marabut Sidi Abdalla. Der Feind wurde nach heftigem Widerstand auf der ganzen Linie zurückgewiesen. Die italienischen Truppen bemächtigten sich der ganzen Gegend von Sidi Abdalla und der Stellungen südlich von Hagfarat. Die Verluste des Feindes sind sehr beträchtlich. Auf italienischer Seite wurden vier Mann getötet und 50 verwundet.

Dover, 10. Okt. Über 40 Kriegsschiffe werden an der Veranfertigung der Opfer beim Untergang des Unterseebootes „D 2“ teilnehmen. Vagen, 10. Okt. In Wagnier bei Edweiler wurde der 31 Jahre alte aus Hirschbach stammende Grubenarbeiter Berger von einem Mitarbeiter mit einem Messer ermorbt und seiner Tasche von 5 M. beraubt. Der Täter ist erloschen.

Reinickendorf, 10. Okt. Der Militärballon M III, der gestern Abend eine Fahrt unternommen hatte, und heute morgen zu einer neuen Fahrt aufsteigen sollte, wurde gegen 6 Uhr 30 Min. morgens zu diesem Zweck nachgefallen. Dabei entstand aus noch nicht völlig aufgeschätzter Ursache eine Stichflamme, brachte den Ballon zur Explosion und vernichtete ihn vollständig. Die Luftschiffhalle in Reinickendorf ist zum Teil zerstört. Personen wurden nicht verletzt. Das Luftschiffpersonal sowie die sofort alarmierte Garolostenburger Feuerwehre hatten Stundenlang mit Abkühl- und Aufschlammungsarbeiten zu tun. Der Ballon sollte nach der heutigen Morgenfahrt Mes als ständige Station erhalten.

Getreide- und Produktenverkehr.

Berlin, 9. Oktober.

Weizen lot. incl. 192,00—207,00 Mt.
Roggen lot. incl. 173,00 Mt.
Hafer fein 195,00—210,00 Mt., do. mittel 185,00 bis 196,00 Mt.
Weizenmehl Nr. 00 brutto 26,28—27,00 Mt.
Roggenmehl Nr. 0 und 1 21,62—23,60 Mt.
Gerste incl. feinst 185,00—214,00 Mt., do. schwer frei Wagen und Bahn 185,00—204,00 Mt., do. russische frei Wagen feinst 168,00—172,00 Mt.
Brot aus feinstem grob netto opt. Sach ab Mühle 11,25 bis 11,75 Mt., do. fein netto opt. Sach ab Mühle 11,25 bis 11,75 Mt.
Roggenkleie ab netto Mühle opt. Sach 11,25 bis 11,75 Mt.

Reklameteil.



Zweite Beilage.

Auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß

ist vom Generalsekretär Stegerwald der Streit Köln-Berlin besprochen worden. Er führte aus: Der Wesensunterschied zwischen den beiden Richtungen Köln und Berlin besteht in der konfessionellen Organisationsform auf der einen und in der interkonfessionellen Organisationsform auf der anderen Seite und dem grundsätzlich verschiedenen sozialpolitischen Programm der beiden Richtungen. Eine bis zum Extrem durchgeführte konfessionelle Absonderung kann die politische und kulturelle Entwicklung Deutschlands nicht vertragen. Die Berliner Sachabteilungen erlangen eines durchgreifenden Programms, sie verwerten den Streit überhaupt und lassen alle Hoffnung nur auf die schiedsgerichtliche Tätigkeit. Die Schlesinger mit reichsweiblicher Kraft stellen eine Art Sozialismus dar, der in absehbarer Zeit nicht für die gesamte Volkswirtschaft verwirklicht werden kann. Die christlichen Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß in der gegenwärtigen Rechtsordnung für erwerbstätige Arbeiterinteressenvertretung der Streit unentbehrlich ist. Selbst Bischöfe, die es früher mit dem „Eig. Ver. B.“ hielten, sind immer ungeladener Besuch. Die deutsche Kirche fast sämtliche deutsche Bischöfe auf dem Standpunkt der christlichen Gewerkschaften. (Stürm. Beifall.) Weiter herrscht im Saal der katholischen Sachabteilungen eine große Apathie. (Stürm. Beifall.) Die christlichen Gewerkschaften bleiben in der Zukunft, was sie in der Vergangenheit waren. (Stürm. Beifall.) Die christlichen Gewerkschaften sind nicht mehr so leicht aus dem tiefsten Gleichgewicht zu bringen. Stegerwald hat aber zu: 150 000 Mitglieder hat uns dieser Konflikt gekostet, die wir heute mehr hätten, wenn dieser Stand nicht geworden wäre. (Stürm. Beifall.) In weiten Kreisen der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften ist die vollstän-

lehten Monaten gefallenen Niederschläge infolge dünner Bestände an Weizen meist zu geringfügig ausgefallen. Auch die Güte des Futters wurde durch das Regenwetter sehr beeinträchtigt; manches ist sogar vollständig verdorben. Der junge Alee und die diesjährige Luzerne, auf die sich die abgegebenen Notizen meist beziehen, hatten sich im allgemeinen glänzend entwickelt; sie wurden nur in der letzten Zeit durch Nachfröste um die recht frühen Lagerstemperaturen im Wachstum zurückgehalten. Die Einwirkung des Grummets war bei Abgabe der Berichte nicht überall gleich weit vorgefrohen. In manden Gegenden konnte der an Weizen vielfach reichliche zweite Schnitt auch in leidlicher Beschaffenheit geerntet werden, in anderen Kunden noch große Mengen gemähten Grummets, meist aber nicht vorgefrohen, draußen und waren bei dem schlechten Wetter nicht einzubringen. Viele nasse Wiesen konnten überhaupt nicht zum zweiten Male gemäht werden.

(Übergang in polnische Hand. Normalerweise ist ein deutscher Besitz in polnische Hände übergegangen. Der deutsche Weiber Klöblicher in Breitenheim im Kreise Schubin hat, wie der „Böln. Bl.“ berichtet wird, seine 67½ Hektar große Wirtschaft, die schönste Bepflanzung am Orte, an einen Polen verkauft. Er soll in sehr guten Verhältnissen leben und es nicht nötig gehabt haben, an einen Polen zu verkaufen, zumal ihm deutsche Käufer fast daselbe geboten haben.

Gerichtsverhandlungen.

1. Halle, 8. Okt. (Strafammer.) Ein Vätermeister Ludwig Wohlleben aus Merseburg war vor mehreren Jahren nach Verkauf seines dortigen Gutsvermögens und Grundbesitzes mit seiner Frau zu seinem Schwiegereltern, einem Eisenbahnassistenten Karl Pfeiffer bezogen. Dieser wohnte zum größten Teile einjährig nach Dessau verlegt. Der Schwiegerater zog nicht mit nach Dessau, sondern lebte nach Merseburg zurück. Er wollte hier den Ausgang des Zwangsversteigerungsverfahrens abwarten, das inzwischen aber fast fröhlicher, an den Geschäftsschlagfolger verfallenen Grundbesitz fertig werden war. Er hatte auf diesem eine Hypothek stehen, die er bei der Versteigerung zum höheren Teile einbüßte. Einem Merseburger Stadtrat gegenüber beklagte er sich wiederholt über schlechte Behandlung seitens seiner Ehefrau und seiner übrigen Angehörigen. Er wolle deshalb auch nicht wieder zu ihnen zurück, sondern lieber ins Merseburger Altersheim aufgenommen werden. Er hat den Stadtrat und nachher auch noch einen andern, doch seinen Antrag um Aufnahme ins Altersheim unterliegen zu lassen. Es wurde ihm entgegengestellt, daß er sich nicht auf Erfüllung seines Wunsches rechnen könne, weil er die letzten 10 Jahre nicht ununterbrochen in Merseburg gewohnt habe. Er erwiederte darauf, dann werde ihm nichts anderes übrig bleiben, als ins Wasser zu gehen. Die Angehörigen des Altersheims in Merseburg, die eine Abweisung des Vätermeisters, doch wurde die Aufnahmegebühr, die sonst 1700 Mark beträgt, wegen seiner mehrjährigen Abwesenheit von Merseburg auf 2500 Mark festgesetzt. Im Juli 1911 zog der alte Herr nach Hinterlegung der Gebühr ein. Mit der Pflege und Behandlung im Heim ankerte er sich mehrfach zurück. Trotzdem verhielt er im Anfang und bis heute noch nicht wieder aufgenommen werden können. Es wird vermutet, daß er wegen Geistesgehrtheit ins Wasser gegangen ist. Kurz vorher war sein einziger Sohn gestorben. Die Angehörigen forderten nun vom Merseburger Magistrat den Einkaufspreis ins Altersheim zurück. Nach den Statuten ist solche Zurückforderung nicht anständig; das Heim ist sogar nach Verleben des Nachlasses eines Einzelnen berechtigt. Doch wurde den Verwandten das von dem Verlebenden eingebrachte Mobiliar zurückgegeben. Der Dessauer Eisenbahnassistent wurde von der Behörde zum Nachfolger für den noch unermittelt abwesenden Schwiegereltern bestellt. In dieser Eigenschaft richtete er an das städtische Landratsamt in Merseburg eine Beschwerde über den Merseburger Magistrat, weil dieser sich vor der Aufnahme des Vätermeisters nicht erkundigt habe, ob nicht der Antragsteller noch unterhaltspflichtig für Angehörige war, wie in diesem Falle für die Frau und den toten Sohn. Es sei eine unerhörte Handlungsweise vom Magistrat, den Schwiegereltern in der Unterhaltspflicht für seine Angehörigen zu entlassen. Sein Verhalten verleihe nicht nur gegen die guten Sitten, sondern auch gegen die Moral. Auch das rätselhafte Verschwinden des Geheimes verleihe einzig und allein der Magistrat. Die Beschwerde wurde vom Regierungspräsidenten abschlägig beschieden. Außerdem hatte sie für den Assistenten noch eine Anklage wegen Verleumdung des Merseburger Magistrats zur Folge. Vom Merseburger Stadtrat wurde er deshalb auf 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Hiergegen legte er Berufung ein mit folgender Begründung: bei Abfassung der Beschwerde habe er den wahren Sachverhalt noch nicht gekannt. Sein Schwiegereltern habe ihm bei der Beurteilung des Sohnes eine ganz andere Darstellung gegeben. Damals sei er von den Ver-

wandten gefragt worden, warum er nicht lieber bei ihnen geblieben sei, statt ins Altersheim zu gehen und seinen Erben die 2500 Mark zu entziehen. Darauf habe er geantwortet, er habe ja gar nicht ins Altersheim gewollt, sondern sei von Stadträten im Interesse des Magistrats bereitet worden. Unter dieser falschen Voraussetzung sei die Beschwerde geschrieben. Bei Kenntnis der wirklichen Sachlage, wie sie dem Beschwerdeführer erst nachträglich klar geworden sei, würde er sich niemals für ausgebrannt haben. Die Strafkammer kam zu der Ansicht, daß der Angeklagte in guten Glauben und in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Er wurde daher freigesprochen.

Vermischtes.

* (Pulverexplosion in Mexiko.) Nach einem in Remont eingegangenen Telegramm aus Tampico (Mexiko) erfolgte, wie schon gestern gemeldet, am Dienstag eine Pulverexplosion. 22 Leichen sind geborgen, doch glaubt man, daß noch mehr Personen getötet worden sind. — Nach einer andern in London eingetroffenen Meldung ist in Tampico ein Warenhaus infolge einer Dynamitexplosion in die Luft geflogen. Bis jetzt wurden 51 Leichen aus dem Trümmerhaufen hervorgezogen, man glaubt aber, daß noch mindestens 50 Personen unter den Trümmern begraben sind. Am 100 Personen sollen schwer verletzt worden sein. Die Explosion wurde durch ein Feuer verursacht, das in einer der unteren Etagen ausbrach. Ehe jedoch alle in dem Gebäude anwesenden Leute sich retten konnten, erreichten die Flammen eine große Menge Dynamit, durch dessen Explosion auch alle Gebäude der Nachbarschaft zerstört wurden. Man glaubt, daß das Feuer von mehreren Kindern angezündet worden ist, die in letzter Zeit die dortige Gegend umherschweiften.

* (Nach bedeutenden Unterschlagungen) ist der 59 Jahre alte Rechnungsrat Heinrich Schuppel, der bei der Königl. Akademie der Künste in Berlin am Karier Platz als Archiv- und Bureauinspektor angestellt war und die Kasse führte, flüchtig geworden. Sch. war verheiratet und Vater erwachsener Kinder; er beging die Veruntreuungen, erst kleine und dann größere, schon vor längerer Zeit. Sie wurden jetzt entdeckt und nach den bisherigen Prüfungen auf etwa 30 000 Mark ermittelt. Der Betrag kann aber auch noch höher sein.

* (Ein Schwindelbankier verhaftet.) Am Mittwoch wurde der 26 Jahre alte „Bankier“ Fritz Kolb, der bereits längere Zeit wegen betrügerischer Handlungen hinter Schloss und Riegel gesessen hat, verhaftet. Kolb hat innerhalb drei Jahren drei Banken in Berlin gegründet, die sämtlich darauf ausgingen, Unerfahren um ihre Ersparnisse zu bringen. Er war gerade dabei, eine vierte „Bank“ zu gründen, als ihn sein Schicksal ereilte.

* (Einziges eines Vangerütes.) Aus Buenos Aires wird gemeldet: Bei dem Einsturz eines Baugewerkses sind 7 Arbeiter verlest worden, zwei davon tödlich.

* (Ein schweres Brandunglück hat sich, wie die „Landeszeitung für die beiden Mecklenburger Meib, in dem bei Neulitz liegenden Gute Ahrensberg des Fürsten zu Schaumburg-Dippe ereignet. Zwei Kinder fielen beim Spiel mit Streichhölzern eine Scheune in Brand, wobei ein vierjähriger Knabe und ein anderes Kind tödliche Brandwunden erlitten.

* (Ein ganzer Dorf angekauft.) Eine Güterhandelsfirma aus dem Orte Schwanden bei München hat die vielen Dörfer bekannten Orlauf Schwanden durch Ankauf sämtlicher Anwesen aufgekauft. Daneben erwirbt sie noch einen umfangreichen Komplex Gemeindegüter, den sie jetzt zumal mit den Anwesen niedrigeren wollte. Das Bezirksamt Wollfen machte jedoch gegen diese Veräußerung einer ganzen Dörferfront und erreichte das Verbot der Veräußerung Schwanden. Die Güterhandelsfirma darf die erworbenen Grundstücke lediglich verpachten.

* (Verbrecherjahre in der Lausitz.) Aus der Strafanstalt Gatzken waren vor einigen Tagen die beiden Straflinge Thun und Müller entpflanzt und verübt in abtrocknen Orten der Lausitz Gendärche. Am Mittwoch gelang es, sie in einem Dorfe bei Gößlich festzunehmen. Während des Festnehmens auf ihre Transportorte und entließen wieder. Bei der Verurteilung verlegten sie einen Wirtschaftsdiebstahl schwer durch zwei Revolverdiesse. Durch Schwertschläge konnten die beiden Verbrecher schließlich unschädlich gemacht und gefesselt werden. Man fand bei ihnen zwei Revolver und drei Dolche.

* (Fleischvergiftung.) In Mühlheim (Ansb.) erkrankten nach dem Genuss von Bierfleisch mehrere Familien; eine Person ist bereits verstorben. * (Aufbruch im Zuchtbaus.) Im Zuchtbaus in Galla (Münster) sind neuerdings unter den Straflingen blutige Revolten ausgebrochen. Ein Gendarm wurde getötet, 9 Straflinge tödlich, 15 schwer verlegt. Von den Straflingen sind bereits 7 gestorben.

Volkswirtschaftliches.

(Sachenrat für das Deutsche Reich. Der Stand der Kartoffeln, des Ales, der Luzerne und der Wiesen war am Anfang des Oktober nach der Zusammenstellung des Kaiserlichen Statistischen Amtes, wobei 2 gut, 3 mittel, 4 gering bedeutet, folgender: Kartoffeln 2 (2), Weizen 1 (1), Roggen 3 (3), Luzerne 2 (2), Wiesen 2 (2). Hierzu bemerkt das Kaiserliche Statistische Amt folgendes: Fast in ganz Norddeutschland herrscht den September hindurch Regenzeit, stürmische und ungewöhnlich frühe Witterung. Erst die letzten Tage des Monats brachten hierzu eine schnell vorübergehende Wendung zur Besserung. Grundsätzlich war der Verlauf des Wetters in West- und Süddeutschland, wo auf die lange Regenperiode um die Mitte des Monats trockenes Wetter folgte und bis zum Monatschluss anhält. Verhältnismäßig traten schon Nachfröste ein. Die Abkühlung der letzten Gegendreichte vergrößerte sich infolge der neuen Witterung sehr; ebenso ist die Herbststellung aus diesem Grunde meist noch weit im Rückstand. Zahlreiche Berichte stellen wieder ein stärkeres Auftreten von Schneeflächen fest. Die Kartoffelernte ist überall im Gange, stellenweise auch schon beendet. Sie ergibt im großen und ganzen recht befriedigende Erträge. Unangenehm lauten die Berichte eigentlich nur für den Nordosten des Reiches, während sie für West- und Süddeutschland von guten, vielfach sogar noch ungewöhnlich hohen Erträgen sprechen. Auch der Anteil der erkrankten Knollen an der Gesamtmenge fällt meist nicht so groß wie angedeutet der nassen Witterung befürchtet wurde. Nur auf schweren, undurchlässigen Böden finden sich verhältnismäßig viele kranke Knollen vor. Die letzten Alee- und Luzerneernte sind trotz der vielen in den beiden

Im eigenem Interesse Dr. Oetker's Backpulver Dr. Oetker's Puddingpulver Dr. Oetker's Vanillin-Zucker Ueberall zu haben! 1 Päckchen 10 Pf. 3 Stück 25 Pf.



Korrespondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Abgabe von unten abwärts, bei Bestellung im Voraus durch einen Besteller in
einer Summe nach dem unten angegebenen Preis; durch die Zeit 120 bis unter 42
Bogen. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags.
Wochentag unter Umständen mit einer mit beifolgender Beilage. —
Für Abnahme einzelner Exemplare überlassen wir freie Bestimmung.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitig. illust. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile über deren Name für Werbung und
Anzeige 10 Pf. keine Angabe 20 Pf. vollständige Angabe 30 Pf.
für 20 Zeilen. — Bei komplizierten Ges. nachprüfbarer
Wohlfür für 20 Zeilen nach Vereinbarung. Für Nachstellungen und Offertenanfragen
besondere Berechnung, nach Ansicht mit Berücksichtigung. Erfüllungsort: Merseburg.
— Für Anzeigen für größere Geschäfts-Kategorien nur am Tage vorher. —
Anzeigen bis spätestens 9 Uhr. Familienanzeigen bis 10 Uhr vorzubringen. —

Nr. 239.

Freitag den 11. Oktober 1912.

39. Jahrg.

Wirtschaftspolitische Streitfragen.

Unter diesem Titel hat in der Buchhandlung des Nationalvereins in München Amtsgerichtsrat Dr. Ludwig Herz-Harburg eine Schrift herausgegeben, die in knappen Zügen und unter Berücksichtigung des neuesten statistischen Materials noch einmal die Argumente der Schutzöllner und Freihändler kritisch nachprüft. Gerade für die bevorstehende Erneuerung der Handelsverträge kommt das Buchlein zuricht; obwohl der Verfasser grundsätzlich Freihändler ist, legt er das Schwergewicht doch auf die Frage, wie man zweckmäßig den Überöllnerum in der praktischen Politik begegnen soll. Die Richtlinien, die er für die nächste Politik aufstellt, haben den Vorrang, daß auf ihnen sich sowohl grundsätzliche Freihändler wie gemäßigte Schutzöllner zusammenfinden können. Dr. Herz schreibt: „Hier ist nicht zu prägen, ob und wie weit Deutschland für Zeit noch des Schutzöllnes, sei es als Ausgleichs-, als Abwehr- oder als Erziehungszoll, bedarf oder nicht. Auch der überzeugteste Freihändler verlangt nicht die sofortige Aufhebung, sondern nur den allmählichen Abbau der Zollmauern, da ein plötzlicher Fortfall aller Schutzollnen zu einer Katastrophe führen muß. Auf der anderen Seite darf aber auch die Zahl derjenigen nicht unterschätzt werden, die bei grundsätzlichen Zuständen am Schutzöllnen der Überzeugung sind, daß das Ausmaß der Zölle und sonstigen Schutzmaßnahmen in Deutschland ebenso wie in den meisten Weltmächten ungesund hoch geworden ist. Auch auf dieser Seite muß man sich, wohin denn dieser allgemeine Schutzöllnenaufbau der verschiedenen Erzeugnisse und Staaten führen soll. Das grundsätzliche Gegenstück können diese beiden Richtungen sich zum mindesten einigen gegen jene Überöllner, die unter dem Banner des „lächerlichen Zolltarifs“ eine grundsätzliche wirtschaftliche Forderung der Staaten erstreben. Denn das ist eine dringende Forderung, die erhoben werden muß: Unsere Wirtschaftspolitik darf nicht den Weg verlassen, den ihr Capriotti vorgezeichnet hat, und von dem sie die Parteien der Rechten abdrängen müßten, nämlich den Weg der internationalen Verständigung durch langfristige Handelsverträge. Nach heute gilt, was die Denkschrift der Regierung im Jahre 1892 zur Begründung der Handelsverträge ausführt. Es heißt dort:

Der Abschluß neuer internationaler Verträge mit bloßer Weitbegünstigung ohne Tarifbestimmungen würde Deutschland zwar die Möglichkeit belassen, der einheimischen Schutzöllner für unsere nicht zu Hilfe kommen aller in diesen Form letztere schärfen Gebiete heute die es nicht andere Ware bezahlte Abbrauch für un müssen um sie nur er senden, Naturwidrigkeit ist die Gewährleistung einer größeren Stabilität der Zollverhältnisse. Auch diese von der Geschäftswelt mit Recht als eine Grundbedingung für die geordnete Entwicklung des internationalen Warenverkehrs bezeichnete, und seit Jahren mit Nachdruck geforderte

Stetigkeit in den Zollverhältnissen kann nicht anders als auf dem Wege von Tarifverträgen mit langer Dauer erreicht werden. Unter diesen Gesichtspunkten ist es für Deutschland geboten, den Abschluß von Tarifverträgen anzubahnen und hierdurch der bei dem Mangel aller vertragsmäßigen Schranken zu gewärtigenden Überbietung der europäischen Staaten in der Erhöhung ihrer Zolltarife rechtzeitig vorzugeben.“
Damit hat Dr. Herz zweifelsfrei recht: Die Parole der zollgegnerischen Parteien wird in der nächsten Zeit nicht lauten: „Freihandel statt Schutzöll“, sondern einfach „langfristige Handelsverträge.“ Und nach Lage der Dinge kann und muß sich auch derjenige auf sie beschränken, der gemäßigt schutzöllnerischen Ansichten huldigt.

Die Verquickung von Religion und Politik.

die der Bund der Landwirte nach dem Muster des ihm innig verwandten Zentrums, einwirken in der Politik, in die Wege leiten will, findet aus den eigenen Reihen vernichtende Kritik. Aus Farrerstreifen wird dem rechtsnational-liberal agrarischen „Pfälzischen Cour.“ geschrieben:

Das Geheimzirkular des Bundes habe gerade in Farrerstreifen „allgemein peinliches und nichtmeritfähiges Aufsehen“ erregt. Dagegen, daß der Bund der Landwirte bei den Presbyterialwahlen eine kirchliche Tätigkeit entfalten wollte, um möglichst viele seiner Anhänger in die Presbyterien zu bringen, wäre zunächst nichts einzuwenden, wenn dies damit begründet, daß der Bund der Landwirte dann den Gefährlichen gegenüber eine Machtposition bekomme, die in den Zeiten der Reichstags- und Landtagswahlen, wo diese Herren „fast immer als Gegner von uns auftraten, sehr schwer zu gewinnen“ sei. Das ist das Bedenkliche, das Gefährliche und Tiefbedenkliche dieses kirchlichen Schreibens. Oder, so fragt der politische Einmischer, ist es nicht tief beschämend vor den Katholiken, wie die Protestanten so schäblich denken von ihren kirchlichen Einrichtungen und „so verächtlich“ reden von ihrem Geiste, die die Herren? Was haben wir protestantische Geistliche denn eigentlich verbrochen, gegen den Bund der Landwirte? Sind doch weitläufig die meisten Farrer warme Freunde seiner wirtschaftlichen Bestimmungen und ihrer viele waren leiber auch Mitglieder des Bundes! Kann man es uns denn verdenken, wenn „unser protestantisches Gewissen“ sich dagegen sträubt, einen Zentrumsstimmel zur Wahlurne zu tragen? Soll denn nun in Zukunft der protestantische Farrer mit dem Zentrumsstimmel in der Hand von bündlerischen Presbytern zur Wahlurne geleitet werden?

Der „politische“ Einmischer schließt: Dieses streng vertrauliche Schreiben ist das Schamloseste, was der Bund der Landwirte sich bisher geleistet hat, und wird das Gegenteil von dem erreichen, was er beabsichtigt. Alle protestantischen Männer, die noch kirchliches Ehrgefühl und Liebe zu ihrer Kirche und auch zu ihren Pfarrern haben, werden nun bei den Presbyterialwahlen einmütig zusammenstehen, um diese Gefahr abzuwenden, um kirchlich gesunde Männer zu wählen, die nicht gewillt sind, das kirchliche Ehrenamt der Presbyter in Zukunft zu politischen Wahlzwecken mißbrauchen zu lassen.

Die parteipolitische Neutralität der Arbeiterkonsumgenossenschaften.

wird gelegentlich von den Führern dieser Genossenschaften aus sachlichen Gründen nachdrücklich betont. Wir haben bereits vor einiger Zeit, als wir auf die neueste gemeinsame Erklärung der Gewerkschaften und Genossenschaften, die Volkswirtschaft, hinwiesen, dargelegt, daß an dem sozialdemokratischen Charakter des sogenannten Hamburger Konsumgenossenschaftsverbandes gar nicht zweifelt werden kann. In den „Sozialistischen Monatsheften“ unterzieht sich neuerdings auch der sozialdemo-

kratische Abgeordnete Göhre der Frage, gegenüber seinem Kollegen Edmund Fischer ausführlich auseinanderzusetzen, daß die im Zentralverband organisierten deutschen Arbeiterkonsumvereine Organisationsform und Hilfsmittel des Klassenkampfes sind. Er meint, an sich und von vornherein sei freilich kein Mittel ein Klassenkampfmittel und keine Organisationsform eine Kampfform. Erst ihre Benützung von einer Klasse und Klassenpartei im Klassenkampf mache sie dazu. Sodann fährt Göhre fort:

„Nicht man die heutigen im Zentralverband organisierten Konsumgenossenschaften an diesem Maßstab, so sind sie heute schon in sehr erheblichem Umfang Klassenkampfformen, und sie sind dabei, es noch immer mehr zu werden. Denn die Mehrzahl ihrer Mitglieder schätzt sie heute nicht nur als solche ein, sondern beteiligt sich an ihnen und benützt ihre Vorteile nur, weil sie ihnen Mittel bieten, sich selbst und die ganze Arbeiterbewegung im Klassenkampf möglichst stark und festhaft zu machen. Das geht am deutlichsten aus den Resolutionen hervor, die über das Genossenschaftswesen auf den sozialdemokratischen Kongressen in Kopenhagen und Magdeburg 1910 beschloffen worden sind. In beiden werden die Arbeiterkonsumvereine ausdrücklich als Klassenkampfmittel deklariert. Beide sind mit erdrückenden Mehrheiten angenommen worden; sie sind heute der Ausdruck der Gesamtheit der deutschen Sozialdemokratie. Und diese Beurteilung teilt mit der Sozialdemokratie die gesamte freie Gewerkschaftsbewegung. Nirgends ist meines Wissens eine Opposition dagegen, geschweige eine andere positive Auffassung zum Ausdruck gebracht worden. Im Gegenteil, auf allen Genossenschaftstagen haben die offiziellen Vertreter der Genossenschaften es niemals veräußert, die gleiche Ansicht, wenn auch mitunter in etwas anderer Formulierung, zum Ausdruck zu bringen. Partei und Genossenschaften also sind heute in der Einschätzung der Arbeiterkonsumgenossenschaften als Klassenkampfformen einig. Nun steht aber fest, daß die große Mehrzahl der Arbeiterkonsumvereinsmitglieder zugleich Parteigenossen und freie Gewerkschafter sind. Es ist ganz ausgeschlossen, daß sie als Genossenschaftler eine andere Meinung über ihre Konsumvereine haben und bekräftigen denn als Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Sonst müßte man glauben, es mit Unzurechnungsfähigen zu tun zu haben. Da das ausgeschlossen ist, so folgt eben daraus, daß auch innerhalb der Konsumvereine selbst die entscheidende Mehrheit der Mitglieder die Auffassung über ihre Vereine als Mittel und Organisationen des Klassenkampfes rundweg teilt.“

Göhre fährt dann aus der Geschichte der Konsumvereine den Beweis, daß von jeher der Geist des Klassenkampfes in ihnen und in ihren entscheidenden Mitgliedergruppen lebendig war und erklärt den „besonders stark antikapitalistisch-sozialistischen Charakter der Vereine“ als „festliegender Tatsache“. Sehr kurios ist es, daß befehlungsgehorcht der sozialdemokratische Abgeordnete zum Schluß behauptet, daß der „Klassenkampfformen Charakter der Vereine sehr wohl auch mit parteipolitischer Neutralität vereinbar ist“. Wie dies möglich ist, darüber äußert sich Göhre weiter nicht. Es würde ihm auch außerordentlich schwer werden. Aber auch er glaubt eben offenbar, aus Opportunitätsgründen diese parteipolitische Neutralität betonen zu müssen. In Wirklichkeit kann von einer solchen Neutralität keine Rede sein. Wenn der Zentralverband der deutschen Konsumvereine eine Klassenkampfform ist, so kann er lediglich auf der Seite der Partei stehen, die den Klassenkampf auf ihre Fahne geschrieben hat, und dies ist in Deutschland einzig und allein die Sozialdemokratie.

Abg. Gähling †.

Der Tod des Abg. Gähling, so schreibt die „L. G.“, reißt eine schwere Lücke in die Reihen der fortschrittlichen Volkspartei. Große Kenntnisse, emsiger Fleiß, Lebhaftigkeit des Geistes, elegante, vornehme Form in der parla-

